

Diese Broschüre entstand mit freundlicher und engagierter Unterstützung der Mitarbeiter der Außenstelle Halle der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Redaktionelle Hinweise:

In den Abschriften aus MfS-Unterlagen wurden die orthographischen und grammatischen Fehler beibehalten.

Stichworte aus dem Inhaltsverzeichnis sind im Text unterstrichen.

## Betroffene erinnern sich (7)

Helmut Hartmann

**Ein evangelischer Kirchenkreis  
im Visier des Ministeriums  
für Staatssicherheit**

Meine Akte Operativer Vorgang "Trend"

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Sachsen-Anhalt

---

## INHALT

Vorwort	2
Kirche als Lerngemeinschaft	3
Der Operative Vorgang (OV) „Trend“	4
Der Evangelische Kirchenkreis Halle im Visier des Ministeriums für Staatssicherheit 1978-1986	6
1978/1979	6
Meine Eisleber Zeit - Wehrkundeunterricht - Prozeß in Halle - Kanada-reise	
1980/1981	8
Lothar Rochaus „Offene Arbeit“ - Prozeß gegen „konspirative“ Gruppe - kirchenpolitische Einschätzung der Leitungsgruppe des Kirchenkreises - Brückengottesdienst -	
1982/1983	12
„Sozialer Friedensdienst“- 1. Beschluß des Kreiskirchenrates betreffs Lothar Rochau - Osternachtgottesdienst - Pfarrervernehmung durch das Ministerium für Staatssicherheit - Eingabe des Pfarrkonventes betreffs „Schwerter zu Pflugscharen“ - Gespräche mit Volkspolizei und Transportpolizei - 2. Beschluß des Kreiskirchenrates betreffs Lothar Rochau - 1. September 1982 auf der Peißnitzinsel - 3. Beschluß des Kreiskirchenrates betreffs Lothar Rochau - Probleme in Silberhöhe - Ausreise eines Pfarrers - neue Gruppen im Kirchenkreis - Christusge-meindehaus - Friedensdemonstration auf dem Hallmarkt - Bunaaktion - Verhaftung von Lothar Rochau - Eröffnung des Operativen Vorgangs „Trend“ - „Fasten für das Leben“ - Verhaftung von Frau Eigenfeld - Weltfriedenstag 1983 - Prozeß gegen Lothar Rochau - Sachproblem „Offene Arbeit“ -	
1984	23
Gottesdienst zum Jahreswechsel - Geburtstagsfeier in jüdischer Ge-meinde - Jugendwoche - „Mobil ohne Auto“ - Klagegottesdienst - Vor-ladung vor den Staatsanwalt - Treffen von Frauenkreisen - Verbotener Theaterbesuch - mein Brief an den Oberbürgermeister - Ablehnung einer Schweizerreise - Konventsrüste in Hirschluch - Brand der Lauren-tiuskirche -	

1985/1986	33
Hallesche Missionskonferenz - Kirche und ihre Gruppen - IPPNW-Kongresse in Budapest und Köln - Gespräch im Staatssekretariat für Kirchenfragen betreffs Ökokreise - Gruppenvertrag mit der GALA - 40 Jahre nach Kriegsende - der Ärztekreis unter besonderem Beschuß - Kirchensynode in Frankfurt/M. - Friedensseminar „Frieden konkret“ - innerkirchliche Disziplinierung - Planungsgruppe - Kirchenleitungssit-zung am 14.3. in Magdeburg - Pazifistische Aktionen - Gespräch im Gästehaus des Bezirkes - CSSR-Reise - Gottesdienst in Südtirol - Georgengemeindetag - Gottesdienst zum Weltfriedenstag 1986 -	
Anhang	
Dokumente:	
Eröffnungsbericht zum Operativen Vorgang „Trend“ vom 20. Juli 1983	43
Protokoll über die kollektive Beratung zum Operativen Vorgang „Trend“ vom 12. April 1984	49
Abschlußbericht zum Operativen Vorgang „Trend“ vom 4. No-vember 1986	52
Nachwort	60

---

## VORWORT

Als nach Beendigung des zweiten Weltkrieges in Ost-Deutschland nach sowjetischem Beispiel und unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands allmählich der Aufbau des Sozialismus proklamiert wurde, gingen die politischen Verantwortlichen in Partei- und Staatsapparat stillschweigend von der Überzeugung aus, die Kirchen würden in naher Zukunft ihre Existenzberechtigung verlieren, da der christliche Glaube auf dem Weg zum Kommunismus auch in der DDR „absterben“ wird. Es zeigte sich jedoch, daß dem nicht so war. Der christliche Glaube blieb nicht hinter dicken Kirchenmauern verborgen, sondern artikulierte sich in der Öffentlichkeit einmal mehr und einmal weniger in verschiedenster Art und Weise. Je nach Möglichkeiten, Fähigkeiten und Überzeugung bezogen immer wieder Gemeindeglieder und kirchliche Mitarbeiter zu politischen Fragen Stellung. Als Raum, in dem offen diskutiert und Themen weitgehend ohne staatliche Zensur bearbeitet werden konnten, wurden kirchliche Gebäude seit Ende der siebziger Jahre häufig von Friedens- und Ökogruppen in Anspruch genommen.

Von 1978 bis 1986 war Helmut Hartmann Superintendent in Halle und damit auch verantwortlicher Gesprächspartner staatlicher Stellen. Er beschreibt diese Zeit aus seiner eigenen Erinnerung. Zusätzlich setzt er sich mit den Berichten auseinander, die das Ministerium für Staatssicherheit, unter anderem im Operativen Vorgang „Trend“, gefertigt hat. Es ist ihm zu danken, daß er mit diesem Bericht ein Stück Vergangenheit erhellt. Vor allen Dingen ruft er Beispiele von Mut und Zivilcourage in Erinnerung, die nicht vergessen werden sollten.

Edda Ahrberg  
Landesbeauftragte

---

## Kirche als Lerngemeinschaft

1974 tagte die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Potsdam-Hermannswerder unter dem Thema „Kirche als Gemeinschaft von Lernenden“. So haben wir auch unseren Weg im Kirchenkreis Halle in den Jahren von 1978 bis 1986 verstanden.

Wir stellten uns bewußt den Herausforderungen in einem Staat, der einen Sozialismus mit atheistischer Ausrichtung zur Staatsideologie erklärt hatte. Wir waren überzeugt, daß wir einen eigenen Beitrag zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme in unserem Land leisten konnten. Wir ließen uns nicht verunsichern durch die immer wiederholten Propagandasprüche unserer staatlichen Gesprächspartner: „Die Machtfrage ist geklärt. Daran ist nicht zu rütteln!“.

Wir stellten keine Machtansprüche. Wir wollten aber etwas beitragen zur Vermenschlichung des realexistierenden Sozialismus. Dabei fühlten wir uns als Anfänger auf unserem Weg. Erfolge und Niederlagen, Resignation und Ängste und immer neue Hoffnungen wechselten miteinander ab. Wir wurden ständig in neue Situationen gestürzt. Wir konnten nicht auf frühere Erfahrungen zurückgreifen. Es war alles Neuland. Wir haben laufen gelernt wie ein kleines unerfahrenes Kind. Wir sind oft hingestürzt, aber immer wieder aufgestanden. Wir haben immer neue Schritte gewagt. Rückblickend kann ich darüber nur staunen, erst recht nach dem Studium der Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), die den Kirchenkreis Halle betreffen.

In dieser „Lerngemeinschaft“ Kirchenkreis gab es keine Trennung zwischen Lernenden und Lehrenden. Die Kirchenkreisleitung und die Gemeinden, die kirchlichen Mitarbeiter und Gemeindeglieder, die traditionellen Christen und die Randgruppen unter dem Dach der Kirche - wir waren alle Lernende. Wir haben alle Niederlagen erlitten. Und wir haben alle neue Anfänge gewagt. Wir haben vieles falsch gemacht. Im Abstand von 15 Jahren sieht man vieles genauer und klarer. Wir sind aber auch vor manchen Irrwegen bewahrt worden.

Wir haben erfahren, daß Gott uns teilnehmen ließ an seiner Geschichte in unserem Land. Wir konnten dabeisein!

Ich möchte mich mit diesen Darlegungen bei allen bedanken, die damals im Kirchenkreis Halle verantwortlich mitgearbeitet haben und auch mitgelitten haben, wenn wir Niederlagen erlebten, die z. B. für den Jugenddiakon Lothar Rochau und seine Familie besonders harte Folgen hatten.

Ich stelle meine persönliche Sicht der damaligen Ereignisse und Konflikte in Halle dar und stehe auch zu meiner persönlichen Letztverantwortung für alle Entscheidungen des Kreiskirchenrates Halle in den Jahren 1978-1986.

Ich würde mich freuen, wenn Mitstreiter von damals sich durch meine Darlegungen herausgefordert fühlen und ihre persönliche Sicht der Ereignisse zum Ausdruck bringen.

---

## Der Operative Vorgang (OV) „Trend“

Die Ereignisse im Kirchenkreis Halle beunruhigten das Ministerium für Staatssicherheit so, daß es für nötig hielt, gegen den Superintendenten des Kirchenkreises eine Operative Personenkontrolle (OPK) unter dem Decknamen „Mönch“ im Januar 1983 einzuleiten. Daraus wurde im Juli 1983 der Operative Vorgang „Trend“.

Im Eröffnungsbericht zum Anlegen des Operativen Vorgangs „Trend“ heißt es: „Es wird vorgeschlagen, die Person Hartmann, Helmut wegen des Verdachtes der Begehung strafrechtlich-relevanter Handlungen gemäß § 107 Strafgesetzbuch (Verfassungsfeindlicher Zusammenschluß) unter ständiger Prüfung der tatbestandsmäßigen Voraussetzungen gemäß der §§ 218 (Zusammenschluß zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele) und § 220 (Öffentliche Herabwürdigung) im Rahmen eines Operativvorganges zu bearbeiten.“

Der Operative Vorgang „Trend“ umfaßt zwei Aktenordner mit zusammen 770 Seiten: Abteilung XX des Ministeriums für Staatssicherheit VIII 405/83, Teil I und II.

Nach meinem Weggang von Halle wurden die Akten in Halle am 4. November 1986 archiviert, mit Plomben versehen und erst wieder am 27.1.1993 durch die Gauckbehörde geöffnet. Der Abschlußbericht des Operativen Vorgangs „Trend“ wurde mit mehreren Sachstandsberichten den Erfurter Behörden zur Verfügung gestellt, damit sie mich als neuen Stadtmissionspfarrer von Erfurt von vornherein richtig einordnen konnten.

Im Operativen Vorgang „Trend“ wird an vielen Stellen auf andere Operative Vorgänge und Operative Personenkontrollen - ich habe fünfzehn gezählt - Bezug genommen, die sich mit kirchlichen Mitarbeitern und Frauen und Männern aus Bürgerrechtsgruppen in Halle befassen. Erst alle diese Vorgänge zusammen ergeben ein umfassendes Bild über den Kirchenkreis Halle aus der Sicht des Ministeriums für Staatssicherheit.

Im Operativen Vorgang „Trend“ werden 31 Inoffizielle Mitarbeiter (IM) mit ihren Decknamen erwähnt. Nicht mitgezählt sind dabei einige Inoffizielle Mitarbeiter von besonderer Bedeutung aus dem kirchlichen Bereich, deren Decknamen aus Sicherheitsgründen verschwiegen werden. Fünf Offiziere des Ministeriums für Staatssicherheit führten den Operativen Vorgang „Trend“: ein Oberstleutnant, drei Majore und ein Oberleutnant.

Die Berichte und Beurteilungen im Operativen Vorgang „Trend“ sind von ganz verschiedener Qualität. Neben zutreffenden nüchternen Berichten gibt es billige halb wahre Äußerungen, denen man anmerkt, daß sie als Erfolgsmeldungen für Vorgesetzte gedacht waren. Die Qualität der Berichte hängt auch von der Kompetenz der Informanten ab, auch von deren Einstellung zu der bespitzelten

Person. Eine einzige ausgesprochen falsche Information habe ich im Operativen Vorgang „Trend“ festgestellt, die entweder auf Lügen eines Inoffiziellen Mitarbeiters oder auf übertriebene Ängste der Sicherheitsorgane zurückzuführen ist. Die Hauptabteilung VIII des Ministeriums für Staatssicherheit aus Berlin gibt am 5. Mai 1982 als Information nach Halle: In Halle wird eine sogenannte Friedensdemonstration der Kirche geplant, die sich gegen die staatliche Friedensdemonstration der Jugend am 30.5.1982 richtet. Verantwortlich für diese illegale Demonstration sollen drei Pfarrer von der evangelischen Paulusgemeinde sein. Es sollen schon Stellproben an der Pauluskirche stattgefunden haben. Die Demonstration sollte sich durch die ganze Stadt bis zur Galgenbergschlucht erstrecken. Das war eine völlig falsche Information. Einer der drei mit Namen genannten Pfarrer war bereits fast zwei Jahre in die Bundesrepublik Deutschland übergesiedelt.

Noch eine lustige Feststellung. Nach gründlichen Recherchen hatten Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit herausgearbeitet: Mein Vater Wilhelm Hartmann war von Beruf Pfarrer, mein Großvater Wilhelm Hartmann arbeitete als Fahrsteiger. Schon in dem Eröffnungsbericht vom 20. Juli 1983 wurden beide wichtigen Entdeckungen zusammengearbeitet. Ich bekam auf einmal einen Vater Wilhelm Hartmann mit dem interessanten Beruf eines „Pfarrsteigers“!

In der Regel aber stellten die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit eine Optik dar, die wir ernst nehmen sollten. Genauso wichtig sind daneben die Akten der SED, der Blockparteien, der Abteilungen Inneres beim Rat der Stadt und beim Rat des Bezirkes und auch die Akten der Polizeidienststellen. Meines Erachtens sind diese alle noch nicht genügend aufgearbeitet worden.

Bevor ich im einzelnen auf die Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit im Kirchenkreis Halle eingehe, möchte ich das Infame und Unmenschliche dieses Ministeriums unmißverständlich anprangern. Dabei denke ich zuerst an die hauptamtlichen Mitarbeiter, an die Führungsoffiziere und deren Vorgesetzte und an die, die die politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit getragen haben.

Ich habe kein Interesse daran, die Inoffiziellen Mitarbeiter (IM), die in meiner Akte erwähnt werden, öffentlich anzuprangern und ihre Klarnamen aufzudecken. Ich weiß, daß jeder einzelne von ihnen unter sehr differenzierten Umständen für eine Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit gewonnen, überredet, genötigt oder gar erpreßt worden ist. Ich möchte aber nicht verhehlen, daß ich darüber traurig bin, daß Frauen und Männer, mit denen ich jahrelang zusammengearbeitet habe, mit denen ich gemeinsam gebetet und das Abendmahl gefeiert habe, die bei uns zu Hause Gast waren, die mit uns gegessen und bei uns geschlafen haben, daß sie nicht den Mut aufbringen und zu mir kommen und erzählen, daß sie mich bespitzelt haben,

---

vielleicht auch bespitzeln mußten. Warum fällt es vielen in unserer Kirche so schwer, sich einander anzuvertrauen mit ihren Nöten und auch mit ihrer Schuld? Hindern die vielen selbstgerechten Pharisäer unter uns die „Mühseligen und Beladenen“ daran, abzulegen, was sie quält und bedrückt?

## **Der evangelische Kirchenkreis Halle im Visier des Ministeriums für Staatssicherheit 1978-1986**

Ich werde in diesem Kapitel chronologisch vorgehen. Ich werde die Sicht des Ministeriums für Staatssicherheit meinen eigenen schriftlichen Aufzeichnungen und meinen Erinnerungen gegenüberstellen.

Neben der Akte Operativer Vorgang „Trend“ und meinen persönlichen Aufzeichnungen benutze ich als literarische Quellen:

- Christoph Kuhn „Inoffiziell wurde bekannt“ - Maßnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit gegen die Ökologische Arbeitsgruppe beim Kirchenkreis Halle. Gutachten zum Operativen Vorgang „Heide“, Magdeburg 1996, Herausgeber: Landesbeauftragte für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt
- Edda Ahrberg „Mit gestutzten Flügeln“ - Jugend in der DDR, Magdeburg November 1996, Herausgeber: Landesbeauftragte für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt
- Rudolf Schulze „Die Konflikte um den Jugenddiakon Lothar Rochau ...“, Hannover 1996, Herausgeber: Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)

## **1978/1979**

Sicher wird die Wahl des neuen Superintendenten des Kirchenkreises Halle schon in der Vorbereitungsphase argwöhnisch von den Sicherheitsorganen beobachtet worden sein. Darüber finden sich aber in der Akte Operativer Vorgang „Trend“ keine Belege. Es gibt aber in dieser Akte ein paar Berichte, die meine pfarramtliche Tätigkeit in Lutherstadt Eisleben 1967-1978 betreffen:

- meine Funktionen als Gemeindepfarrer, Jugendpfarrer und Sachbereichsleiter für Zeugnis und Dienst werden umschrieben und beurteilt;
- meine reservierte und kritische Haltung bei offiziellen Gesprächen mit Staatsvertretern wird angeprangert;

- 
- meine guten Beziehungen zur katholischen Gemeinde werden betont.

Wie ich erst 1992 durch einen Zeitungsartikel erfahren habe, wurde die Andreaskirche in Eisleben, deren Gemeindepfarrer ich war, bereits im Jahr 1968 vom Rat des Bezirkes Halle vernichtend beurteilt. In einem Brief von Frau Karin Mylius an den damaligen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde von Halle, Franz Kowalski, heißt es am 29.9.1968: „Ich darf Dich heute nochmals schriftlich darauf aufmerksam machen, daß wir die Anbringung einer Gedenktafel oder Aufstellung eines Gedenksteines für die jüdischen Opfer des Faschismus in Eisleben, welches Vorhaben von der Eislebener Gemeinde geplant ist, in keinem Falle gestatten werden. Wie ich jetzt vom Rat des Bezirkes Halle erfahre, steht die evangelische Gemeinde zu Eisleben nicht hinter unserem Staat“ (Mitteldeutsche Zeitung, 29. Februar 1992, Seite 27). Ich vermute, daß meine harte Beurteilung seitens staatlicher Stellen mit unseren öffentlichen Protesten gegen die militärische Zerschlagung des Prager Frühlings im August/September 1968 etwas zu tun hat.

Vierzehn Jahre später - ich war inzwischen vier Jahre in Halle tätig - wird bei einer Zusammenkunft in der Sektion für Kirchenfragen beim Rat des Bezirkes Halle (Aktenvermerk vom 24.3.1982) Frau Mylius beauftragt: „Frau Mylius wird nach erfolgter Abstimmung Kontakt zu Superintendent Hartmann aufnehmen. Kontakte bestehen seit mehreren Jahren, müßten allerdings erst aktiviert werden. Auf Grund der aktuellen Situation im Kirchenkreis Halle sind Kontakte in dieser Richtung zu befürworten. Ich hatte nach meinem Dienstantritt in Halle im September 1978 selbstverständlich einen Antrittsbesuch bei der Jüdischen Gemeinde gemacht und Frau Mylius eine Dokumentation des Evangelischen Pressedienstes „Als die Synagogen brannten ...“ überreicht. Darin stand auch ein Artikel von mir: „30 Jahre nach der Kristallnacht - Erfahrungen in der Lutherstadt Eisleben 1968“.

Ich ahnte bei meinem Dienstantritt in Halle 1978 nicht, daß ich schon 10 Jahre vorher vom Rat des Bezirkes als „Staatsfeind“ eingestuft worden war.

Im Operativen Vorgang „Trend“ wird ein Brief von mir aufbewahrt, den ich am 19.3.1979 an die Schulleitung der Erweiterten Oberschule „Thomas Müntzer“ gerichtet hatte. Er wurde schon am nächsten Tag zusammen mit einer Beurteilung meiner Tochter Sabine seitens des Schuldirektors an das Ministerium für Staatssicherheit weitergeleitet. Ich hatte mich in diesem Brief hinter die Entscheidung meiner 15jährigen Tochter gestellt, die eine Teilnahme am Wehrkundeunterricht verweigerte. Von diesem Augenblick an wurde Sabine von den Sicherheitskräften beobachtet. In dem Jahr, in dem sie Abitur machte, gibt das Ministerium für Staatssicherheit, Abteilung XX, 4 an die Abteilung XX, 1 und XX, 3 am 21.9.1982 die Information weiter, daß Sabine Hartmann Medizin studieren will. Als Maßnahme wird festgelegt: „Verhinderung einer Immatrikulation der Hartmann“. Diese festgelegte Maßnahme wurde strikt eingehalten. Sabine ist in den folgenden Jahren immer wieder vom Studium aus-

---

geschlossen worden. Im Herbst 1989 hat sie endlich im Alter von 26 Jahren ein Medizinstudium beginnen können. (Vergleiche: Edda Ahrberg, „Mit gestutzten Flügeln“, Seiten 71-75). Ähnlich wie unserer Tochter ist es anderen Schülern und Schülerinnen in Halle ergangen. Die Kirchenkreisleitung wie die Magdeburger Kirchenleitung haben versucht, durch Eingaben an staatliche Behörden den Betroffenen zu helfen, selten mit Erfolg!

Merkwürdigerweise wird im Operativen Vorgang „Trend“ ein Vorgang nicht festgehalten, mit dem das Ministerium für Staatssicherheit auf jeden Fall beschäftigt war. Eine Frau K. aus Eisleben, die Mutter eines Jugendlichen, den ich in Eisleben als Erwachsenen getauft hatte, wurde im Frühjahr 1979 in Halle vor dem Bezirksgericht „wegen staatsfeindlicher Hetze im besonders schweren Fall“ zu einem Jahr und fünf Monaten Gefängnishaft verurteilt. Ihr Mann durfte an der Verhandlung teilnehmen. In den Verhandlungspausen kam er - immer von einem Kommando des Ministeriums für Staatssicherheit beschattet - zu uns. Seine Begleiter warteten vor unserem Haus, bis er wieder zur Verhandlung fuhr. Frau K. hat in Stollberg/Erzgebirge eine schwere Zeit in dem berüchtigten Frauengefängnis Hoheneck verbracht, bevor sie nach Westdeutschland entlassen wurde.

Im Zusammenhang mit einer Dienstreise ins westliche Ausland im Auftrag der Kirche der Union, für die ich von unserer Kirchenleitung vorgeschlagen worden war, wurden seitens des Ministeriums für Staatssicherheit bei Bewohnern in unserem Mietshaus Erkundigungen über meine Frau und mich und meine Kinder, über unser Familienleben, über unser Verhältnis zu den Nachbarn, über unsere Freizeitbeschäftigung etc. eingeholt. Ausführlich werden die meist freundlich ausfallenden Angaben auf vielen Seiten des Operativen Vorgangs „Trend“ festgehalten. Die Reise nach Kanada kam zunächst nicht zustande, weil einer aus der Reisegruppe das Visum nicht bekam. Wir drei anderen verweigerten aus Protest die Annahme der Reisepapiere. Ein halbes Jahr später - März 1980 - bekam dann die ganze Gruppe die notwendigen Visa.

## 1980/1981

Im Kirchenkreis Halle wurden die Neubaugebiete immer mehr zu Schwerpunkten der kirchlichen Arbeit. Halle-Neustadt, Halle-Süd (Wörmlitz-Böllberg), Silberhöhe und schließlich Heide-Nord (Lettin) forderten die Kirche zu neuen Wegen heraus.

Als ich 1978 nach Halle kam, zeichnete sich in Halle-Neustadt schon der Konflikt mit der „Offenen Jugendarbeit“ ab. Der Jugenddiakon Lothar Rochau ging so neue ungewöhnliche Wege, daß schon ein Jahr nach seinem Dienstbeginn (1977) es zum Zerwürfnis mit dem Team der Jugendmitarbeiter im Kirchenkreis und zu Spannungen mit der Gemeindeleitung von Halle-Neustadt gekommen war. Die neue Kirchenkreisleitung und der neue Stadtjugendpfarrer

---

Neher haben sich hinter Lothar Rochaus Engagement in der „Offenen Jugendarbeit“ gestellt. Der Visitationsbericht des Bischofs Dr. Krusche über die Arbeit Lothar Rochaus in Halle-Neustadt hat uns in unserer Haltung bestärkt:

„Lothar Rochau kümmert sich gerade um diese Gruppe von Jugendlichen, die nirgendwo richtig zu Hause sind, sich von niemandem wirklich angenommen erfahren ... Ich denke doch, daß Jesus sich über diese Arbeit freut, vielleicht besonders? ... Als bedrückende Fragen bleiben: Wie soll ein einzelner hauptamtlicher Mitarbeiter diese Arbeit tun, wenn von ihm auch noch normale Jugendarbeit erwartet wird? Wo wird für diese Arbeit ausgebildet, und wer kümmert sich um eine Qualifizierung der ganz wenigen so tätigen Mitarbeiter?“ (Evangelisches Konsistorium 770/80 vom 12.9.1980). Sechs Wochen nach Abfassung des Visitationsberichtes unseres Bischofs beschließt die Gemeindeleitung von Halle-Neustadt die Absetzung der Werkstatttage in Halle-Neustadt. Der Kreiskirchenrat stellt sich hinter die Werkstatt der „Offenen Arbeit“ und ermöglicht, daß sie stattfindet. In den folgenden Jahren wird diese Problematik den Kirchenkreis noch weiter herausfordern bis zu der Entlassung Lothar Rochaus aus dem Dienst, bis zu seiner Verhaftung und Verurteilung. Diese Problematik wird in dem Bericht von Rudolf Schulze „Die Konflikte um den Jugenddiakon Lothar Rochau ...“ ausführlich dargestellt. Ich werde auf den folgenden Seiten nur einige Aspekte darstellen können, wie sie sich im Operativen Vorgang „Trend“ widerspiegeln. Über Lothar Rochau und seinen Dienst ist ein besonderer Operativer Vorgang „Prävention“ angelegt worden. Die Kirchenkreisleitung hat 1983 in aller Öffentlichkeit in kirchlichen und gesellschaftlichen Bereichen erklärt: „Wir haben alle miteinander - die Magdeburger Kirchenleitung, der Kirchenkreis Halle, die Gemeinde Halle-Neustadt, die jungen Leute und Lothar Rochau - eine Niederlage erlitten.“

Für die Kirchenkreisleitung war es besonders enttäuschend, daß die Gemeindeleitung von Halle-Neustadt, die den Anspruch erhob, eine besonders offene und glaubwürdige Gemeindearbeit in dem säkularisierten Neubaugebiet praktizieren zu wollen, so wenig Verständnis für Lothar Rochaus Jugendarbeit aufbrachte. Auch schien ihr ein gutes Verhältnis zur Abteilung Inneres beim Rat der Stadt Halle-Neustadt wichtiger zu sein als ein sachliches Bemühen mit der Kirchenkreisleitung um die Weiterführung der Jugendarbeit in ihrer Gemeinde. Daß Oberkonsistorialrat Hammer und Rechtsanwalt Schnur, von denen ich mich ständig beraten ließ, ein doppeltes Spiel trieben, war uns damals nicht bewußt. Erst 1990/1991 wurde bekannt, daß Detlev Hammer als Offizier im besonderen Einsatz (OibE) und Wolfgang Schnur als Inoffizieller Mitarbeiter für das Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet hatten. Die Akte Operativer Vorgang „Trend“ macht deutlich, daß alle unsere Bemühungen um eine Lösung dieser schwierigen Problematik immer schon längst dem Ministerium für Staatssicherheit in Einzelheiten bekannt waren.

---

Im Jahr 1980 wurden wir zunehmend von Frauen und Männern in Anspruch genommen, die keine Hoffnung mehr für unser Land hatten und darum Anträge stellten zur Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland. Da sie oft wegen ihres Antrages ihren Arbeitsplatz aufgeben mußten, suchten sie bei uns Arbeitsmöglichkeiten. Je mehr wir bei uns einstellten, um so bedrückender wurde in unseren Mitarbeitergruppen die Stimmung. Wir wollten bezeugen, daß Christus auch in unserem Land am Werk ist und es darum keine Gründe gibt, hoffnungslos zu sein. Auf der anderen Seite fühlten wir uns verpflichtet, für die Ausreisewilligen einzutreten, weil sie keine Anwälte hatten. Besonders belastend wurde es für uns, wenn sogar Gemeindepfarrer Ausreiseanträge stellten und ihre Gemeinde verließen.

Am 30. März 1981 wird Bischof Dr. Krusche vom Rat des Bezirkes darüber informiert, daß in Halle-Neustadt eine „konspirative“ Gruppe von den Staatsorganen entdeckt worden sei. Es habe zwei Verhaftungen gegeben. Der Diakon Lothar Rochau habe in dieser Gruppe auch mitgearbeitet. Die Gruppe habe sich mit Bahros kritischen Anfragen an den realexistierenden Sozialismus beschäftigt. Es ergaben sich für uns jetzt folgende Fragen:

- Handelt es sich um eine kirchliche Gruppe? Warum arbeitete sie dann konspirativ?
- Handelte es sich um eine oppositionelle politische Bewegung, die nur konspirativ arbeiten konnte? Konnte dann ein kirchlicher Mitarbeiter, der für viele Jugendliche verantwortlich war, in solch einer Gruppe mitarbeiten?

Für uns als Kirche war klar: Auch Christen und kirchliche Mitarbeiter haben sich zu gesellschaftlichen Problemen kritisch zu äußern. Dazu bedarf es aber keiner konspirativen Methoden. Wir sagen offen, was uns bewegt.

Innerkirchlich, in Übereinstimmung mit Lothar Rochau, stellten wir fest: Es handelt sich nicht um eine kirchliche Gruppierung. Lothar Rochau wird wegen seiner Beteiligung an dieser Gruppe gerügt. Zugleich wirbt aber Bischof Dr. Krusche bei den staatlichen Stellen um Verständnis für die beiden Inhaftierten und kritisiert, daß unsere Staatsführung eine offene Diskussion gesellschaftlicher Fragen nicht zulasse. Der Rat des Bezirkes reagiert zornig. Er verlangt, daß Lothar Rochau von der Kirchenleitung versetzt wird. Der Bischof wies dies zurück, sagte aber eine sorgfältige innerkirchliche Auswertung dieses Vorfalles zu. Uns allen, vor allem aber Lothar Rochau, war es beschwerlich, daß die beiden Inhaftierten aus dieser Gruppe verurteilt wurden, Lothar Rochau aber, der seine Mitarbeit in dieser Gruppe nie verleugnet hatte, blieb als kirchlicher Mitarbeiter unbehelligt. Lothar Rochau hatte sogar seine Bereitschaft erklärt, aus Halle-Neustadt wegzugehen, wenn dafür die beiden Inhaftierten entlassen würden.

Im Sommer 1981 gibt Herr Hanke, Kirchensekretär beim Rat der Stadt, an das Ministerium für Staatssicherheit eine kirchenpolitische Information über den

---

Kirchenkreis Halle, die neun Seiten umfaßt. Es folgt auf weiteren acht Seiten eine Analyse der Leitung des Kirchenkreises. Das Urteil lautet: Die Leitungsgruppe - Superintendent, die drei Sachbereichsleiter und der Präses der Synode - zeigt Geschlossenheit. Im Kirchenkreis sind die entscheidenden Mitarbeiter „hartmannhörig“. Und Hartmann steht fest zu der Kirchenleitung in Magdeburg: „Der Leitung des Kirchenkreises ist es gelungen, die Mehrzahl der Pfarrer und Kreissynodalen zu beeindrucken und zur Tolerierung und Respektierung ihrer Empfehlungen, Maßnahmen und Entscheidungen zu gewinnen.“

Der innerkirchliche Konflikt um Lothar Rochaus Jugendarbeit geht inzwischen weiter. Auf allen Ebenen wird nach Lösungen gesucht. Die Leitung des Kirchenkreises signalisiert nach Magdeburg: Die Gemeinde Halle-Neustadt droht auseinanderzubrechen. Die „Offene Arbeit“ muß als kirchliche Arbeit gerettet werden.

Auf Empfehlung von mir stellt Lothar Rochau in einem Brief vom 5.9.1981 an den Bischof sein Verständnis von Offener Jugendarbeit vor. Dazu gehört das Bemühen um einen „Sozialismus, der es gut meint mit den Menschen“. So verteidigt er seine Mitarbeit in dieser politischen Gruppierung. Er gesteht aber ein: „Die Form, die wir für Erörterung und Diskussion gewählt haben, sehe ich zum jetzigen Zeitpunkt als eine unkluge Handlungsweise an.“

In einem verständnisvollen ausführlichen Antwortbrief gibt Bischof Dr. Krusche den Rat: „Ich würde es darum für richtig ansehen, wenn Sie sich aus der Arbeit in Halle-Neustadt herauslösen und eine andere Arbeit im Raum unserer Kirche aufnehmen.“

Am 26.10.1981 erhält der Kirchenkreis die Empfehlung der Kirchenleitung: „Für Diakon Rochau sollte versucht werden, im Einvernehmen mit ihm selbst eine neue Tätigkeit außerhalb des Bereiches Halle zu suchen.“ Bereits am 15.10.1981 hatte die Gemeindeleitung mit ihrem Beschluß den Kreiskirchenrat herausgefordert: „Die Jugendarbeit von Lothar Rochau kann nicht mehr verantwortet werden.“

Am 3. November findet auf Initiative des Superintendenten ein Gespräch zur Weiterführung der Jugendarbeit in Halle-Neustadt statt mit Vertretern des Kreiskirchenrates, der Gemeindeleitung und der Jugendarbeit. Drei befürworten die Weiterführung von Lothar Rochaus Arbeit, drei sind dagegen. Der Superintendent stellt sich als Vierter zu den Befürwortern. Die Antwort der Gemeindeleitung von Halle-Neustadt ließ nicht lange auf sich warten. Sie beschloß am 5.11.1981: „Die Gemeindeleitung erkennt unter den gegebenen Umständen keine Möglichkeit der Fortsetzung der Arbeit von Lothar Rochau und bittet den Kreiskirchenrat, mit uns eine Lösung zu finden.“

Der Brückengottesdienst zu Beginn der Friedensdekade 1981, der in der Laurentiuskirche begann, zur Bartholomäuskirche führte und von dort weiter über die Kröllwitzer Brücke zur Petrikirche sich erstreckte, wird in einer ausführli-

---

chen Information eines Inoffiziellen Mitarbeiters aus dem Konsistorium dargestellt. Der Bericht stützt sich auf Briefe, die Stadtjugendpfarrer Neher, Propst Abel und ich nach Magdeburg geschickt hatten. Wir wissen heute, daß nicht nur Briefe, die auf dem Postweg befördert wurden, sondern auch alle Post auf Kurierwegen in die Hände des Ministeriums für Staatssicherheit fielen, weil im Konsistorium Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit tätig waren.

Wir hatten in diesen Briefen besonders die polizeilichen Maßnahmen auf dem Bahnhof und die Störaktionen während unseres stillen Weges durch die Straßen erwähnt. Das Ministerium für Staatssicherheit registrierte als besonders gefährlich, daß ich ein kirchliches Wort zur Polenproblematik, das unsere Provinzialsynode am Tage vorher in Halle verabschiedet hatte, in diesem Brückengottesdienst verlesen habe. Bei diesem Brückengottesdienst wurde zum erstenmal der Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ öffentlich getragen.

## 1982/1983

Anfang Januar ist der Staatssicherheitsdienst in Halle beunruhigt über die in Dresden entstehende Bewegung „Sozialer Friedensdienst“. Im Operativen Vorgang „Trend“ werden als die entscheidenden Förderer dieser Bewegung in Halle genannt: Siegfried Neher, Klaus Schache, Lothar Rochau und Helmut Hartmann.

Aus der Sicht des Ministeriums für Staatssicherheit stellt sich am 23. Januar 1982 das „Rochauprobem“ so dar: „Während von Seiten der Gemeindeleitung Halle-Neustadt eine eindeutige Erklärung vorliegt, in der die weitere Zusammenarbeit mit Rochau abgelehnt wird, hat Rochau eine starke Stütze in dem Superintendenten.“ Am 28. Januar treffen sich noch einmal Vertreter des Kirchenkreises, der Gemeinde und der Jugendarbeit zu einem Gespräch. Obgleich der Stadtjugendpfarrer im Namen aller im Kirchenkreis tätigen Jugendmitarbeiter und auch der Superintendent für die Fortführung von Lothar Rochaus Arbeit votieren, kommt es zu keinem Einvernehmen mit der Gemeindeleitung von Halle-Neustadt. Das Ministerium für Staatssicherheit, das jeden einzelnen Schritt von uns verfolgt, beurteilt am 3. Februar 1982 die Situation so: „Durch das Votum des Superintendenten wird es eine Empfehlung an den Kreiskirchenrat geben, Rochau im Kirchenkreis zu belassen.“ Als ein Zitat von Hartmann wird festgehalten: „Lieber noch 5 Jahre mit dem unbequemen Rochau als ohne Vorstellungen von einer Jugendarbeit in Halle-Neustadt.“

Am 15. Februar ringt sich der Kreiskirchenrat schweren Herzens zu folgendem Beschluß durch:

„1. Auf Grund der Empfehlung der Kirchenleitung vom 30. September 1981 hat sich der Kreiskirchenrat mit der Jugendarbeit des Diakons Rochau in Halle-Neustadt eingehend beschäftigt.

2. Da in Halle-Neustadt keine gemeinsame Basis mehr für eine Zusammenarbeit gegeben ist, empfehlen wir Herrn Rochau einen Stellenwechsel.

3. Der Kreiskirchenrat bietet Herrn Rochau jede Unterstützung bei der Suche nach einer neuen Stelle an. Wir halten auch eine Übergangszeit zur Erholung bzw. Aufarbeitung für sinnvoll.

4. Wir bitten die Gemeindeleitung, zusammen mit dem Kreiskirchenrat um eine Neubesetzung der freiwerdenden Jugendwartstelle und der von der Kreissynode neugeschaffenen Jugendfürsorgestelle bemüht zu sein. Im Zusammenhang mit diesen Neubesetzungen ist es dringend nötig, in der Gemeindeleitung und unter den Mitarbeitern die durch die Jugendarbeit entstandenen Probleme aufzuarbeiten.

5. Bis zu einem Stellenwechsel ist Herr Rochau vom Kirchenkreis angestellter Mitarbeiter in der Gemeinde Halle-Neustadt, gehört zum Mitarbeiterteam der Gemeinde, ist der Gemeindeleitung und dem Kreiskirchenrat verantwortlich, ist aber auch von der Gemeindeleitung und dem Kreiskirchenrat in seinem Dienst zu schützen und zu vertreten.

6. Die Begründung für unsere Stellungnahme wird mündlich gegeben.“

Für besonders wichtig halte ich an diesem Beschluß, daß wir die Gemeindeleitung von Halle-Neustadt in Pflicht genommen haben und sie auf ihre Verantwortung gegenüber den Jugendlichen und gegenüber Lothar Rochau eindringlich aufmerksam gemacht haben. Für mich unverständig und unverantwortlich ist die Reaktion der Gemeindeleitung am 4. März in meiner Gegenwart. Im Gemeindeprotokoll liest es sich so: „Die Begriffe schützen und vertreten werden diskutiert.“ Die Erwartungen des Kreiskirchenrates an Halle-Neustadt „standen im Mittelpunkt der heftigen, teilweise in persönliche Belange gehenden“ Aussprache. Es zeichnen sich schon weitere Konflikte zwischen Kreiskirchenrat und Gemeindeleitung ab.

Meine Empfindungen nach dem Beschluß des Kreiskirchenrates vom 15.2.1982 habe ich in einem Brief an Bischof Dr. Krusche zum Ausdruck gebracht: „Schweren Herzens haben wir uns am 15.2. im Kreiskirchenrat zu dem Beschluß durchgerungen ... Ich habe am 16.2. früh Bruder Rochau den Beschluß erläutert und in einer dramatischen Nachtsitzung in einem Kreis von etwa 60 Jugendlichen die Empfehlung des Kreiskirchenrates verteidigt. Mir hat dabei das Herz geblutet. Milieugeschädigte, Hilfsarbeiter, Ausreiseantragsteller, Frauen von Inhaftierten, Studierende und Fachleute, die ihre Positionen verloren haben, Bewohner aus dem illegal besetzten Haus ..., die man am 12.2.1982 in einer großen Polizeiaktion mit Hunden auf die Straße geworfen hat, Haftentlassene - sie alle fühlen sich im Stich gelassen. Der Mann, an den sie sich klammern, der für sie ein offenes Herz hat und immer Zeit, der soll gehen! Bitterste Vorwürfe gegen die Gemeindeleitung von Halle-Neustadt wurden erhoben. Man versteht nicht, warum nur einer gehen soll ...“



---

Dieser Brief, der Beschluß des Kreiskirchenrates, alles befindet sich selbstverständlich auch im Operativen Vorgang „Trend“.

Der Osternachtsgottesdienst am 10.4.1982 in der Pauluskirche unter dem Thema „Auf-Erstehung“ beunruhigt den Staatssicherheitsdienst schon zehn Tage vorher. Am 31. März wurden Propst Abel und ich zum Rat des Bezirkes geladen. Im Operativen Vorgang „Trend“ wird der Ablauf des Gespräches genauestens wiedergegeben auf 22 Seiten (Nachschrift einer Tonbandaufnahme). Uns wird der Vorwurf gemacht, daß wir über den geplanten Gottesdienst nicht wahrheitsgemäß den Rat des Bezirkes informiert hätten. Das Gespräch wird zu einer grundsätzlichen Debatte über den Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“. Die Positionen sind völlig verhärtet.

Am 5. April 1982 - darüber gibt es im Operativen Vorgang „Trend“ merkwürdigerweise keine Belege - werden die Pfarrer Schache, Neher und Mezger einzeln und zu verschiedenen Zeiten zu Vernehmungen in das Bezirksgebäude des Ministeriums für Staatssicherheit in Halle-Neustadt bestellt. Wir beschließen, daß ich als Superintendent mit ihnen zusammen dorthin gehe. Als wir zu viert dort erscheinen, werden wir sehr unfreundlich empfangen. Ein gemeinsames Gespräch wird abgelehnt trotz meiner Einsprüche. Ich werde aus dem Haus verwiesen. Die drei Pfarrer werden einzeln vernommen und verwarnt. Als Themen werden angesprochen: Ostergottesdienst in Paulus, Aufnäher, Veranstaltungsverordnung.

Auf dem Pfarrkonvent am 7. April reagieren wir mit einer Eingabe an das Volkspolizeikreisamt. Am 8. April 1982 habe ich dem Leiter des Kreispolizeiamtes diese Eingabe betreffs Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ überreicht und um eine Aussprache gebeten. Im ersten Quartal dieses Jahres hatte es in Halle eine regelrechte Treibjagd auf junge Leute gegeben, die diesen Aufnäher öffentlich trugen. Gespräche mit der Abteilung Inneres auf Stadt- und Bezirksebene über diese Problematik hatten zu keinen Ergebnissen geführt. Wir erhofften uns von dem Gespräch mit dem Leiter des Volkspolizeikreisamtes mehr Verständnis und Sachlichkeit. Am 30. April 1982 wurde ich zu einem Gespräch unter vier Augen eingeladen. Der Leiter des Kreispolizeiamtes war gesprächsbereit und sachlich und versprach mitzutun, daß diese Problematik nicht eskaliert. Was ich damals nicht wußte, jetzt aber nach dem Studium des Operativen Vorgangs „Trend“ weiß: Das Gespräch war mit dem Ministerium für Staatssicherheit genauestens abgesprochen. Im Operativen Vorgang „Trend“ gibt es eine Gesprächskonzeption als Grundlage für die Argumentation des Polizeibeamten und außerdem ein ausführliches Gesprächsprotokoll mit der Bemerkung am Schluß: „Der überwiegende Teil der Aussagen des Hartmann wurden während des Gespräches auf Band gespeichert.“

Am 7.6.1982 hatte ich den Leiter der Halleschen Transportpolizei um ein Gespräch gebeten. Eine Mutter hatte mir erzählt, wie hart ihr Sohn wegen des Aufnähers „Schwerter zu Pflugscharen“ von der Bahnpolizei behandelt worden

---

war. Es wurde ein sachliches Gespräch mit dem Polizeioffizier. Er hatte aber auch alles vorher genau mit dem Ministerium für Staatssicherheit abgesprochen. Auch darüber gibt es ein ausführliches Protokoll im Operativen Vorgang „Trend“.

Als mein Sohn Robert am Abend des 15.6. vor unserem Haus wegen des Aufnähers festgenommen wurde, habe ich noch in der Nacht mit dem Leiter des Kreispolizeiamtes telefonisch gesprochen und meinen Protest zum Ausdruck gebracht. Ich wollte keine Sonderbehandlung für meinen Sohn. Ich wollte aber noch einmal im Namen des Kreiskirchenrates gegen diese unsinnige Kampagne der Polizei gegen die Träger dieses Aufnähers Einspruch erheben. Auch darüber befindet sich ein ausführlicher Sachstandsbericht in meiner Akte.

Ebenfalls im Juni schreckte eine Ausstellung in der Marktkirche zum Thema Umweltschutz die staatlichen Behörden auf. Zwei Theologiestudenten hatten sie erarbeitet. Um die Ausstellung inhaltlich abzusichern, nahm ich Verbindung mit Pfarrer Gensichen aus Wittenberg auf. Meine Telefongespräche mit Herrn Gensichen vor und nach einem Gespräch, das ich beim Rat des Bezirkes führen mußte, sind abgehört und protokolliert worden. Die Ausstellung haben wir uns nicht verbieten lassen.

Im Sommer 1982 unternehmen Kirchenkreis, Landeskirche, Neinstedter Anstalten, Provinzialjugendpfarrer und auch Lothar Rochau manches, um einen neuen Arbeitsbereich für Herrn Rochau zu finden. Aber alles ohne Erfolg. Auch im Kirchenkreis Halle findet sich für Lothar Rochau keine Alternative zu Halle-Neustadt. Wir können das Problem nicht länger vor uns herschieben. In der Gemeinde Halle-Neustadt wird die Situation immer unerträglicher. Die Jugendwerkstatt 1982 findet im Juni unter Lothar Rochaus Leitung und in der Verantwortung des Kirchenkreises im Gelände der Luthergemeinde statt.

Am 12. Juli 1982 entbindet der Kreiskirchenrat durch Beschluß Lothar Rochau von seiner Arbeit in Halle-Neustadt mit Wirkung ab 1. September. Er befürwortet eine Delegierung ins Predigerseminar für ein halbes Jahr, verantwortet weiter seine Vergütung und unterstützt alle Bemühungen um eine neue Stelle für Lothar Rochau. Der Gemeindeleitung wird die Fortsetzung der Jugendarbeit in Halle-Neustadt übertragen. Die Neuanstellung eines Jugendwartes und eines zusätzlichen Jugendführers wird erneut zugesichert.

In den turbulenten Wochen danach wird deutlich:

- Die Gemeindeleitung von Halle-Neustadt ist an einer Weiterführung der „Offenen Arbeit“ nicht wirklich interessiert.
- Lothar Rochau denkt nicht ernsthaft an einen Weggang von Halle. Er kann sich von der Arbeit in Halle nicht lösen.

Im Herbst eskaliert der Konflikt zwischen Gemeindeleitung und Kreiskirchenrat und „Offener Jugendarbeit“ so, daß der Superintendent in einem Schreiben an Frau Eigenfeld, Sprecherin der „Offenen Arbeit“ zu der Feststellung kommt:

---

„Auch aus der Sicht des Kirchenkreises gibt es die Junge Gemeinde Halle-Neustadt, Offene Arbeit zur Zeit nicht.“ Die Jugendlichen werden auf das Offene Jugendhaus in der Christusgemeinde aufmerksam gemacht, das unter der Verantwortung des Stadtjugendpfarrers geführt wird.

Am 1. September 1982, am ersten Tag, an dem Lothar Rochaus Entbindung von der Jugendarbeit in Kraft tritt, steht die Kirchenkreisleitung vor einer neuen Herausforderung. Die Abteilung Inneres vom Rat der Stadt informiert mich, daß die Junge Gemeinde von Halle-Neustadt mit Lothar Rochau auf der Peißnitzinsel ein nicht angemeldetes Friedensfest feiern will. Ich werde aufgefordert, mich selbst davon zu überzeugen. Zwei Stunden vorher war ich bei Lothar Rochau gewesen. Er hatte mir nichts von diesem Vorhaben erzählt. Ich stand vor der Frage: Wie soll ich reagieren? Lothar Rochau war noch unser angestellter Mitarbeiter, hatte aber keinen Auftrag für die Junge Gemeinde mehr. Auf der anderen Seite trug die Kirchenkreisleitung die letzte Verantwortung auch für die Jugendarbeit in Halle-Neustadt. Ich fuhr zusammen mit dem Stadtjugendpfarrer Neher zur Peißnitzinsel. Es ergab sich für uns folgendes Bild:

Alle Zugänge zur Peißnitzinsel und die Insel selbst waren mit starken Sicherheitskräften des Ministeriums für Staatssicherheit besetzt. Auf der Insel waren etwa dreißig junge Erwachsene, darunter Mütter mit Kleinstkindern und alkoholranke Jugendliche, um Lothar Rochau versammelt. Im Abstand von dieser Gruppe standen Mitarbeiter von Abteilung Inneres von Halle-Neustadt mit zwei Theologen aus Halle-Neustadt. Ich ging mit dem Stadtjugendpfarrer Neher und Pfarrer Keller auf die Jugendgruppe zu und machte den jungen Leuten die bedrohliche Situation klar. Nach langen Diskussionen zogen sich die jungen Menschen zurück. Sie nahmen am Abend am Gottesdienst zum Weltfriedenstag in der Marktkirche teil.

Was war geschehen? Verantwortliche der Gemeindeleitung auf der Seite der Staatsvertreter? Die Junge Gemeinde mit Lothar Rochau versucht auf der Straße durchzusetzen, was sie auf kirchlichen Grundstücken meint nicht mehr tun zu können. Lothar Rochau macht den Staats- und Kirchenvertretern deutlich, daß er sich nicht von der Jungen Gemeinde Halle-Neustadt trennen läßt. Es wird an diesem Tag schon deutlich: Die Konzeption des Kirchenkreises - Rettung der Offenen Arbeit in Halle-Neustadt und ihre Weiterführung mit zwei neuen Mitarbeitern - wird weder von der Gemeindeleitung noch von Lothar Rochau wirklich gewollt.

So kommt es zwangsmäßig zu dem dritten Beschluß des Kreiskirchenrates: Am 30.11.1982 wird Lothar Rochaus Dienstverhältnis zum 28.2.1983 gekündigt, ein Trauerspiel auf der kirchlichen Bühne, das sich vor den Augen des Staates abspielt. Alle Einzelszenen, auch schon im Entstehen, beobachten und analysieren die vielen eingesetzten inoffiziellen und hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit.

---

Ein anderer Schwerpunkt ständiger Konflikte im Kirchenkreis war die Neubaugemeinde Silberhöhe im Süden der Stadt. Solange ich für den Kirchenkreis Halle verantwortlich war, von 1978 bis 1986, wurde der Bau eines Gemeindezentrums in Silberhöhe mit immer neuen Argumenten von staatlicher Seite verhindert. Dabei war die Genehmigung für einen Neubau bereits 1978 auf höchster Ebene in Berlin erteilt worden. Der Aufbau einer Gemeindearbeit in dem Neubaugebiet fand unter schwierigsten Umständen und bei ständigen Störmanövern seitens örtlicher staatlicher Stellen statt. Im Operativen Vorgang „Trend“ sind eine Fülle von Berichten Inoffizieller Mitarbeiter über diesen Neuanfang in Silberhöhe gesammelt worden.

Im Februar 1983 mußte ich einen jungen Pfarrer verabschieden, der für sich und seine Familie einen Ausreiseantrag gestellt hatte. Der Gemeindegemeinderat und die Kirchenleitung in Magdeburg konnten diesen Antrag nicht befürworten. Ich habe diesen jungen Pfarrer mit sofortiger Wirkung von seiner Gemeindearbeit entbunden. Für die Übergangszeit bis zu seiner Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland fand er eine Anstellung im Diakoniewerk.

In dem Verabschiedungsgottesdienst für den jungen Pfarrer habe ich der Gemeinde damals gesagt:

„Eine Kirchengemeinde, die innerhalb von drei Jahren zum zweitenmal erlebt, daß einer ihrer Pfarrer in die BRD übersiedelt, muß sich dringend und gründlich einigen Fragen stellen: Welche Aufgaben haben wir Christen in diesem Land zu erfüllen? Lohnt es sich um dieser Aufgabe willen Opfer zu bringen und Benachteiligungen in Kauf zu nehmen? Glauben wir daran, daß Gott in der DDR genauso sein Reich bauen will wie in der BRD und anderswo?

Wir müssen tief beunruhigt darüber sein, daß unter denen, die aus unserem Land übersiedeln wollen, zunehmend Christen sind, auch junge Christen. Wir sollten uns alle einmal kritisch fragen, wie weit wir innerlich mit unserem Denken, Fühlen, Urteilen und Handeln aus unserer Gesellschaft schon längst ausgewandert sind. Ist nicht der Übersiedlungsantrag oft nur der logische zweite Schritt nach einem schon vor vielen Jahren durchgeführten ersten Schritt, nämlich dem der inneren Emigration?

Wir müssen uns diesen Fragen stellen, sonst verlieren wir an Glaubwürdigkeit. Glauben wir daran, daß Gott in unserem Land seine großen Wunder tut? Oder müssen wir auswandern, um von Gottes Werken etwas zu erfahren? Im Jahr 1957 hat Johannes Hamel in seinem Büchlein 'Der Christ in der DDR' solche Fragen gestellt. Wir sollten uns in unseren Gemeinden mit diesen Fragen ernsthaft auseinandersetzen!“

So sah ich 1983 unsere Gemeinden auf einem schmalen Weg zwischen Resignation und Hoffnung.

Während der Konflikt mit der „Offenen Arbeit“ in Halle-Neustadt immer mehr eskalierte, suchten neue Gruppen mit gesellschaftlichen Fragestellungen bei

---

uns Anschluß und Unterstützung. Wir gründeten als Arbeitsgruppen des Kirchenkreises:

„Die Ökologische Arbeitsgruppe“, vergleiche Operativer Vorgang „Heide“

„Christliche Frauen für den Frieden“, vergleiche Operativer Vorgang „Binder“, Operativer Vorgang „Kreis“, Operativer Vorgang „Felonie“

„Christliche Mediziner in sozialer Verantwortung“, vergleiche Operativer Vorgang „Cobra“, Operativer Vorgang „Emotion“, Operative Personenkontrolle „Fuchs“ u. a.

Gelernt aus den Konflikten mit der „Offenen Arbeit“ von Lothar Rochau wurden Kompetenzen zwischen den Gruppenleitungen und der Leitung des Kirchenkreises abgesprochen und Sprecher benannt, die mit uns Verbindung hielten. Wir von der Kirchenkreisleitung hatten gelernt, den Gruppen mehr Mündigkeit zuzutrauen. Die Verantwortlichen in den Gruppen waren reif und stark genug, um Konflikte bei Schwierigkeiten selbst zu verantworten. Die Letztverantwortung blieb aber bei der Leitung des Kirchenkreises.

Das Christusgemeindehaus unter Leitung des Stadtjugendpfarrers Neher wurde ein neues Zentrum für eine etwas anders praktizierte „Offene Jugendarbeit“. Hier fanden auch mehrere Punkttreffen statt mit Hunderten von jungen Leuten. Jedes Punkttreffen hatte eine lange Vor- und eine lange Nachgeschichte mit den staatlichen Behörden. Das Ministerium für Staatssicherheit war jedesmal in höchster Alarmstufe, wie man auch im Operativen Vorgang „Trend“ nachlesen kann.

Andere Zentren von Jugendarbeit, die beim Ministerium für Staatssicherheit höchste Aufmerksamkeit fanden, waren die Kirchengemeinden Paulus, Georgen, Luther und Silberhöhe.

Bei einer staatlich verordneten Friedensdemonstration am 19.5.1983 auf dem Hallmarkt versuchten zwei christliche Gruppen einen eigenständigen Beitrag zu leisten.

Einmal waren es junge Leute aus Halle-Neustadt unter der Leitung von Frau Eigenfeld, Herrn Rochau und Herrn Kränz. Obgleich sie nicht als kirchliche Gruppen auftreten wollten, berieten sie sich mit uns. Wir schlugen vor, daß sie ihre Teilnahme mit eigenen Plakaten bei der FDJ anmelden sollten. Wir vereinbarten außerdem, daß Pfarrer Keller als Vertreter des Kirchenkreises die Gruppe beraten und begleiten sollte, ohne sich an dieser Aktion zu beteiligen. Bei der Demonstration wurde diese Gruppe durch Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit in Seitenstraßen abgedrängt. Sie konnte aber mit ihren Plakaten - „Vertrauen“, „Abrüstung statt Wahnsinn“, Ablichtung von Fäusten, die sich zu offenen Händen verwandeln - Aufmerksamkeit hervorrufen.

Eine zweite Gruppe von etwa 15 Theologiestudenten wollte bewußt als FDJ-Gruppe der theologischen Sektion mit eigenen Plakaten - Bibelworte und pazi-

---

fistische Losungen - auftreten. Sie wurden ebenso in Seitenstraßen abgedrängt. Dabei wurden ihre Plakate zerstört.

Ich habe über diese Ereignisse ausführlich dem Bischof geschrieben, der sich empört gegenüber Staatsvertretern dazu geäußert hat. Mein Schreiben vom 24.5.1983 findet sich als Kopie ebenfalls im Operativen Vorgang „Trend“.

In den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit wird auch die andere Aktion von Lothar Rochau dargestellt, die am 31. Mai stattfinden sollte. „Organisation und Durchführung eines demonstrativen Auftretens zum Weltumwelttag 1983 in Buna. Es ist geplant, etwa 100 Personen, ausgerüstet mit Fahrrädern, Gasmasken und Sichtagitatorien, vor dem Haupttor des VEB Chemische Werke Buna öffentlichkeitswirksam zu postieren“ - so heißt es im Operativen Vorgang „Trend“. Auf der Fahrt dorthin wurde Lothar Rochau verhaftet, nach 24 Stunden noch einmal freigelassen. Er hatte mich einige Tage vorher informiert. Es war für ihn wie für mich klar, daß es sich nicht um eine Aktion des Kirchenkreises handelte.

Der Kirchenkreis führte eine eigene Veranstaltung zum Thema „Mobil ohne Auto“ durch am 5. Juni 1983.

Am 7. Juni ist Lothar Rochau noch einmal zu einem Gespräch mit Bischof Dr. Krusche in Magdeburg. Am 23. Juni wird er erneut verhaftet. Herr Pöhner vom Rat des Bezirkes informiert den Bischof darüber, der sich sofort vor Lothar Rochau stellt. Die Kirchenkreisleitung informiert die Gemeinden und ruft zur Fürbitte auf. Das Konsistorium gibt die Nachricht weiter an alle Kirchenkreise. Der Verhaftete wird in die öffentliche Fürbitte aufgenommen.

Unter dem 30.8.1983 schreibe ich eine Beurteilung von Lothar Rochau, die die Ermittlungsbehörde erbeten hatte. Ich hatte mich diesbezüglich mit Propst und Bischof abgestimmt, Gespräche mit Rechtsanwalt Schnur und Oberkonsistorialrat Hammer geführt, ohne zu ahnen, daß die beiden letzteren als Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit ein Doppelspiel trieben. Die Beurteilung schrieb ich aber in eigener Verantwortung. Ich stellte fest, daß Lothar Rochau noch immer kirchlicher Mitarbeiter sei, auch wenn er zur Zeit in keinem Dienstverhältnis stehe. „Daß Lothar Rochau mit seiner Arbeit in Halle gescheitert ist, weil er durch sie überfordert wurde, spricht nicht gegen diese Arbeit und auch nicht allein gegen Lothar Rochau. Wir müssen eingestehen, daß die Kirchengemeinde und der Kirchenkreis an diesem Scheitern Anteil haben.“ Ich betone weiter in diesem Schreiben, daß Lothar Rochaus Arbeit vom kirchlichen Auftrag gesehen werden muß. In diesem Zusammenhang zitiere ich Bischof Dr. Krusche: „Wir können eindeutig feststellen, daß diese Art der Jugendarbeit ein Dienst ist, der um der Liebe Christi willen getan werden muß.“

In dieser so gespannten Situation im Kirchenkreis Halle wurde die Operative Personenkontrolle „Mönch“, die im Januar 1983 gegen mich eingeleitet worden war, am 20. Juli in einen Operativen Vorgang „Trend“ erweitert. Ich wurde ü-

---

berprüft wegen des Verdachts der Begehung strafrechtlich relevanter Handlungen gemäß § 107 und 218 und 220 des Strafgesetzbuches: Zugehörigkeit zu verfassungsfeindlichem Zusammenschluß und öffentliche Herabwürdigung der staatlichen Ordnung. Eine wichtige Grundlage für die Akte Operativer Vorgang „Trend“ wurde meine kirchliche Personalakte, die wahrscheinlich schon 1982 im Konsistorium von einem Inoffiziellen Mitarbeiter abgelichtet worden war. Sie beinhaltet meine gesamte berufliche und persönliche Entwicklung ab 1955.

Im Juli 1983 hatte ich in meine Wohnung eine kleine Vertretergruppe aus dem Ärztekreis, aus der ökologischen Gruppe, aus dem Frauenkreis und aus einer Friedensgruppe der Evangelischen Studentengemeinde eingeladen. Die Vertreter waren sorgfältig ausgewählt worden. Wir wollten ohne „Beschattung“ unsere Situation und die nächsten Wege bedenken. Dazu geladen hatten wir zwei Vertreter des Evangelischen Konsistoriums, die uns beraten sollten: den Pressepfarrer Kapske und die Juristin Staudte. Daß ausgerechnet diese beiden Kirchenvertreter aus Magdeburg als Inoffizielle Mitarbeiter arbeiteten - auf diesen Gedanken wären wir nie gekommen.

Die vom 6.-7. August in der Marktkirche durchgeführte Veranstaltung „Fasten für das Leben“ ist ein Beleg dafür, daß wir im Kirchenkreis Halle uns nicht nur mit uns selbst beschäftigten. Ein paar Männer und Frauen aus den USA, aus Frankreich, Kanada und England hatten am 6. August 1983 früh um 8.15 Uhr, zu der Zeit, als vor 38 Jahren die erste Atombombe über Hiroshima abgeworfen worden war, ein unbegrenztes Fasten begonnen. Sie wollten solange fasten, bis in Genf bei den Abrüstungsverhandlungen einige Ergebnisse sichtbar werden. In Halle wurde diese Aktion von etwa 100 Jugendlichen und jungen Erwachsenen unterstützt von Sonnabend 7 Uhr bis Sonntag 12 Uhr. Der Staatsvertreter einzige Sorge war dabei, wie öffentlich könnte sich diese Veranstaltung in der Stadt auswirken und Unruhe schaffen. Durch ein Plakat an der Kirche und durch die geöffnete Tür wurden Passanten aufmerksam gemacht. Das stille „Fasten für das Leben“ bedurfte keiner spektakulären Bekanntgabe. Es hatte sich schnell in der Stadt herumgesprochen.

Der Gottesdienst am 1. September zum Weltfriedenstag brachte wieder neue Aufregungen. Zwei Tage vorher war Frau Eigenfeld verhaftet worden. Als wir uns im katholischen Pfarrhof St. Moritz zu einem kleinen Friedensfest trafen und anschließend zu einem kurzen Weg in die Marktkirche aufbrachen, war eine äußerst gespannte Atmosphäre unter den jungen Leuten, die noch dadurch verstärkt wurde, daß uns auf der Straße äußerst gereizte Ordnungskräfte des Ministeriums für Staatssicherheit von allen Seiten umgaben. Ich ging an der Spitze des Zuges, um deutlich zu markieren, daß die Kirchenkreisleitung diesen Weg und den Gottesdienst verantwortet.

Am 26.8. führte Rechtsanwalt Schnur ein Gespräch mit mir über den bevorstehenden Prozeß gegen Lothar Rochau. Er äußerte die Vermutung, daß durch

---

den Prozeß eine Gesamtabrechnung mit Lothar Rochaus politischer Tätigkeit erfolgen würde mit dem Ziel, ihn aus der DDR abzudrängen. Nach der Verhaftung von Frau Eigenfeld befürchteten wir alle, daß die gesamte kirchliche „Offene Arbeit“ zum Thema des Prozesses werden würde. Der Bischof wendet sich am 1. September an den Staatssekretär Gysi und spricht seine Besorgnis aus, daß jetzt „eine Generalabrechnung mit Herrn Rochau und mit seiner Arbeit vorgenommen werden solle“. Der Bischof betont noch einmal, daß Lothar Rochau kirchlicher Mitarbeiter sei und daß seine Verhaftung in Westdeutschland für großes Aufsehen gesorgt hätte und daß es bei der Einführung des neuen Magdeburger Bischofs viele Anfragen seitens der angereisten Gäste geben werde. Der Prozeß beginnt am 6. September. Am 16. September wird das Urteil gesprochen: drei Jahre Freiheitsstrafe wegen ungesetzlicher Verbindungsaufnahme, Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit und staatsfeindlicher Hetze.

Ein Inoffizieller Mitarbeiter gibt dem Ministerium für Staatssicherheit einen Bericht über die Stimmung der Anhänger Rochaus vor dem Gerichtsgebäude während der Eröffnung des Prozesses. Die wenigen Kirchenvertreter, die bei der Eröffnung des Prozesses im Gerichtssaal dabei sein konnten, werden nach ein paar Minuten aus dem Saal ausgewiesen, weil die weitere Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit durchgeführt wird. Ich informiere darüber die Jugendlichen vor dem Gerichtsgebäude und bitte sie, in Lothar Rochaus Interesse sich ruhig zu verhalten.

Im Operativen Vorgang „Trend“ ist auch das Protokoll über ein Telefongespräch enthalten, das ich mit einem halleschen Pfarrer über die Prozeßeröffnung geführt habe. Darin wird auch von mir angekündigt, daß ich mich am Nachmittag mit Rechtsanwalt Schnur treffen werde. Bei diesem Treffen berichtet mir Herr Schnur, daß meine Beurteilung von Lothar Rochau während der Verhandlung verlesen worden wäre, aber große Verärgerung hervorgerufen habe, weil die Kirche darin Lothar Rochau immer noch als Mitarbeiter der Kirche verstehe. Lothar Rochau wäre in guter Verfassung, hätte die „Offene Jugendarbeit“ sachlich beschreiben können und er, Herr Schnur, hätte als Verteidiger auftreten können. Am Freitag, den 9.9., sollte schon die Urteilsverkündung sein. Herr Schnur bittet mich darum, im Interesse Lothar Rochaus seine Anhänger zu veranlassen, daß sie ihre Briefaktionen aus Solidarität zu Lothar Rochau abbrechen sollten.

In den folgenden Wochen - das war sicher sein Auftrag - hat Rechtsanwalt Schnur Lothar Rochau überredet zu einem Ausreiseantrag, den Herr Rochau dann am 10. November stellte. Am 1. Dezember 1983 wird er in die Bundesrepublik Deutschland abgeschoben.

Auf der Synode der Kirchenprovinz Sachsen vom 23.-27. November 1983 erklärt die Kirchenleitung öffentlich, daß sie die „Offene Arbeit“ als einen notwendigen Teil des kirchlichen Auftrages betrachte. In diesem Zusammenhang

---

nennt sie die Namen Katrin Eigenfeld und Lothar Rochau. Frau Eigenfeld wurde am 1. November entlassen, wahrscheinlich auf Drängen von Petra Kelly und Präses Scharf. Während ihrer Haft verstarb ihr Großvater, der Laurentiuspfarrer Gabriel, der einige Jahre seines Lebens im KZ verbringen mußte.

Seit dem 10.10.1983 hatte ich mich im Auftrag der Pfarrerschaft beim Bezirksstaatsanwalt bemüht, um eine Begründung für das Urteil gegen Lothar Rochau zu erhalten. Erst am 9.2.1984 wurde mir dies mündlich im Bezirksgericht in Gegenwart von Herrn Pöhner vom Rat des Bezirkes mitgeteilt: § 219, Absatz 2 (Herstellung und Verbreitung von Schriften, die sich gegen die staatliche Ordnung der DDR richten) und § 106 (staatsfeindliche Hetze) des Strafgesetzbuches. Dazu vermerkte der Bezirksstaatsanwalt: „Fragen der kirchlichen Arbeit waren nicht Gegenstand des Strafverfahrens.“

Anfang September habe ich im Ephorenkonvent der Propstei Halle das Sachproblem „Offene Arbeit“ so umschrieben:

- „1. Vor den staatlichen Stellen müssen wir die Notwendigkeit dieser Arbeit unterstreichen. Dabei verschweigen wir nicht, daß diese Arbeit immer konfliktträchtig ist. Gerade darum dürfen wir sie nicht aufgeben.
2. Innerkirchlich werden wir immer hilfloser und unsicherer. Wie wollen wir diese Arbeit bewältigen? Wir in Halle schaffen das nicht allein. Wir brauchen eine Arbeitsgruppe des Bundes „Offene Arbeit“.
3. Die ehemalige Junge Gemeinde Halle-Neustadt bedrängt uns: Nehmt uns wieder unter eure Fittiche, sonst sind wir weiter vogelfrei. Wir sagen: Gern, aber es müssen neue Bedingungen festgelegt werden. Welche Gemeinde würde sich neu solch einer Herausforderung stellen?
4. Randgruppen der „Offenen Arbeit“, die Ausreiseantragsteller, profilieren sich immer mehr. Sie üben Druck aus auf die Kirche. Die Kirche solle sich radikaler zu den Verhältnissen in der DDR äußern. Die Antragsteller haben nichts mehr zu verlieren. Sie wollen weg. Die Kirche aber will glaubwürdig in der DDR ihren Dienst tun und will zur Vermenschlichung der gesellschaftlichen Verhältnisse etwas beitragen.“

## 1984

In einem Gottesdienst zum Jahreswechsel 1983/84 habe ich nachgedacht über Jesaja 30, 15-17:

Dieses Jesajawort beunruhigt mich im Rückblick auf das zu Ende gehende Jahr: „Durch Stillesein und Hoffen würdet ihr stark sein. Aber ihr wollt nicht!“

Es war ein ereignisreiches Jahr, dieses Lutherjahr, mit vielen Veranstaltungen und großen Besucherzahlen, mit Öffentlichkeitswirkungen, wie wir es vorher nicht gekannt haben, mit vielen ökumenischen Gästen aus aller Welt. Hoffent-

---

lich war nicht alles zu turbulent und zu laut, um Gottes Anrede vernehmen zu können?

Es war ein aufregendes Jahr für die Völker Mitteleuropas, dieses Jahr 1983, das zum Raketenjahr geworden ist trotz der gewaltigen Anstrengungen großer Friedensbewegungen!

Und es war ein Jahr der Niederlagen in unserer Gemeinde und im Kirchenkreis Halle. Kirchliche Mitarbeiter wurden verhaftet, andere reisten aus in die Bundesrepublik Deutschland, Friedensdemonstrationen wurden zusammengeschlagen. Wir wollten „Vertrauen wagen“ gegen allen Augenschein. Aber haben wir dabei nicht viel zu sehr auf große Zahlen von Sympathisanten gesetzt und auf unsere Kräfte und auf unsere Erfolge? Sind wir darum am Jahresende so betroffen und verzagt?

In Jesajas Vision sind von den Massen, die auf Rossen dahinfliegen und eine Welt verändern wollen, nur wenige Flüchtlinge übriggeblieben: „wie ein Mast oben auf dem Berge und wie ein Banner auf einem Hügel“.

Es ist gut, daß wir am Jahresende wieder einen klaren nüchternen Blick für die realen Machtverhältnisse gewinnen. Wir Christen sind eine kleine ohnmächtige Minderheit in unserem Lande, die sich aber nicht aufzugeben braucht, weil Gott sie nicht aufgibt. Das Bild vom „Banner auf dem Hügel“ wird so zum Hoffungszeichen! ...

Am 27. Januar 1984 findet im Jüdischen Gemeindehaus in der Großen Märkerstraße eine Geburtstagsfeier statt. Die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, Frau Mylius, wird 50 Jahre alt. Selbstverständlich nehme ich die Einladung an. Die winzig kleine jüdische Gemeinde braucht Unterstützung. Ich wußte damals nicht, daß ich schon seit Jahren auch über die jüdische Gemeinde vom Ministerium für Staatssicherheit bespitzelt wurde. Die Geburtstagsfeier wurde für mich zum Alptraum. Vier hohe Parteifunktionäre, die auf Stadt- und Bezirksebene für Religionsfragen zuständig waren, bestimmten immer mehr den Abend, je länger um so lauter. Neben der Familie Mylius vertraten zwei sehr alte Frauen, Überlebende aus dem KZ, die jüdische Gemeinde. Sie waren so hörgeschädigt, daß sie am Gespräch nicht teilnehmen konnten. Wir Kirchenvertreter, zwei Katholiken und zwei Evangelische, je auf Kreis- und Propsteiebene, verließen bald die Feier, weil die Atmosphäre immer unwürdiger, heuchlerischer und unerträglicher wurde. Ich hatte gehofft, daß in der angespannten innenpolitischen Situation unseres Landes solch eine Begegnung zwischen Juden, Christen und Marxisten etwas befreiend wirken könnte. Aber selbst bei einer solchen Geburtstagsfeier hatten die Staatsvertreter nur dies eine im Sinn: ihre unumschränkte Macht zu zeigen. Als uns Kirchenvertretern dies bewußt wurde, verzichteten wir auf Reden und Grußworte und verabschiedeten uns.

---

Eine Jugendwoche, die vom 12.-17. März im Christusgemeindehaus stattfand, sorgte für neue Aufregungen. Im Operativen Vorgang „Trend“ hört sich das so an: „Vom 12.-17.3.1984 fand in der Christusgemeinde Halle die Jugendwoche statt. In einem Gespräch am 9. März hatte Hartmann gegenüber staatlichen Stellen in bezug auf diese Veranstaltung versichert, daß diese ausschließlich religiösen Charakter trägt. Im Ergebnis der eingeleiteten Aufklärungs- und Überprüfungsmaßnahmen konnte beweismäßig dokumentiert werden, daß die genannte Veranstaltung einen eindeutigen Verstoß gegen die Veranstaltungsverordnung darstellte.“

Am 16.5.1984 beklagte sich Herr Pöhner vom Rat des Bezirkes bei Bischof Dr. Demke und forderte innerkirchlich Disziplinierungsmaßen gegen Stadtjugendpfarrer Neher und Superintendent Hartmann.

Inzwischen bereitet sich ein neuer Konflikt vor. Die beiden Kirchenkreise Merseburg und Halle beschließen, am 3. Juni 1984 die Aktion „Mobil ohne Auto“ in der Gemeinde Neukirchen in der Nähe der Bunawerke durchzuführen. Mit der Vorbereitung wird eine Arbeitsgruppe beauftragt. Christen und Nichtchristen werden eingeladen. Es ist eine kirchliche Veranstaltung. Sie beginnt mit einer Morgenandacht in der Marktkirche in Halle und endet mit einem Gottesdienst in Neukirchen. Die Fahrt geht über Silberhöhe oder über Halle-Neustadt, nicht am Haupteingang der Buna-Werke vorbei. Wir wollten eine Provokation vermeiden. Bischof Dr. Demke wird eingeladen.

Die staatlichen Stellen reagieren sehr nervös. Herr Voigt vom Rat des Bezirkes erklärt kategorisch: Die Veranstaltung kann nicht stattfinden. Alle Straßen, die vom Markt in Halle abgehen, werden gesperrt.

Wir lassen uns nicht einschüchtern. Wir stimmen alles mit der Magdeburger Kirchenleitung ab. Propst Weyhe als Vertreter des Bischofs wird nach Neukirchen kommen. Alle Zufahrtswege nach Neukirchen sind von Sicherheitskräften „beschattet“, getarnt als Naturfreunde oder Angler. Die Kirche in Neukirchen wird aus einem Haus gegenüber genauestens beobachtet. Die Veranstaltung verlief ohne Zwischenfälle.

Am 29.6.1984 fand in der Marktkirche ein „Klagegottesdienst“ statt, veranstaltet vom Arbeitskreis „Christliche Frauen für den Frieden“, verantwortet von der Kirchenkreisleitung. Als Nachspiel wurde ich am 25.7.1984 zum „Staatsanwalt der Stadt Halle“ zitiert. Ich habe in einem einstündigen Gespräch versucht, einer Staatsanwältin deutlich zu machen, was wir unter einem Klagegottesdienst verstehen.

Im Operativen Vorgang „Trend“ liest es sich dann so: „Der Hartmann beharrte auf seinem Standpunkt und bezeichnete die ihm gegenüber zum Ausdruck gebrachten Vorhalte als Einmischung in innerkirchliche Angelegenheiten ... Hartmann stellte dem Frauenkreis kirchliche Räumlichkeiten zur Verfügung. Er bietet diesem Kreis Möglichkeiten, im Rahmen religiöser Veranstaltungen sei-

---

ne verleumderischen Angriffe gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung gegenüber einem großen Personenkreis zum Ausdruck zu bringen und entsprechend Einfluß auf die Veranstaltungsteilnehmer geltend zu machen.“

Wenige Wochen später mußte ich mich erneut gegen diese Vorwürfe wehren. Vom 14.9.-15.9.1984 fand im evangelischen Gemeindezentrum Wörlitz-Böllberg ein Treffen von Frauenfriedenskreisen aus der DDR statt. In Vor- und Nachgesprächen, auch in kleinsten Gruppen, waren Informanten des Ministeriums für Staatssicherheit dabei. Das Ministerium für Staatssicherheit wußte immer ganz genau, wie ich Anfragen von staatlichen Stellen in den Arbeitskreisen kommentierte.

Im Juni hatte ich mit dem Landestheater Halle Verbindung aufgenommen und für den 20. September 1984 eine Aufführung des Theaterstückes von Volker Braun „Der Große Frieden“ vereinbart, bei der wir alle Eintrittskarten aufkaufen wollten. Wir wollten im Anschluß an die Aufführung in eine Diskussion mit den Schauspielern über die Problematik des Stückes eintreten. Das Ministerium für Staatssicherheit hat sich sofort eingeschaltet: „Erneute Initiativen klerikaler Kräfte, eine Aufführung am Landestheater Halle geschlossen für Mitglieder des Kirchenkreises Halle zu binden. ... Das Vorhaben von Superintendent Hartmann wurde in Abstimmung mit der Bezirksleitung Halle der SED vorbeugend verhindert“ - so heißt es im Operativen Vorgang „Trend“ am 13.8.1984.

In einem Brief an den Oberbürgermeister habe ich am 4.8.1984 energisch gegen all diese Störungen unserer Arbeit protestiert. Ich hatte eine Einladung zu einer Festveranstaltung anläßlich des 35. Jahrestages der DDR am 29. August bekommen. Bei dieser Veranstaltung sollte das vertrauensvolle Miteinander zwischen Christen und Marxisten in unserer Gesellschaft zum Ausdruck gebracht werden.

Ich schrieb dem Oberbürgermeister, daß es mir schwerfällt, dieser Einladung zu folgen. Meine Begründung:

„Unsere Arbeit wird mit ganz großem Mißtrauen beobachtet und als äußerst gefährliche Angelegenheit von den Staatsorganen beurteilt. Wir werden in unseren Gottesdiensten und Veranstaltungen von den Sicherheitskräften sehr genau überwacht. Es wird ständig in unsere Veranstaltungsplanung eingegriffen. Was anderen Bürgern und Gruppen selbstverständlich zugebilligt wird, wird Christen untersagt, z. B. ein gemeinsamer Theaterbesuch ...“

In einem Gespräch am 17.8.1984 erläuterte ich noch einmal gegenüber Herrn Hanke von Abteilung Inneres beim Rat der Stadt, warum ich diesen Brief im Auftrag der Leitungsgruppe an den Oberbürgermeister geschrieben habe. Für den Operativen Vorgang „Trend“ hat Herr Hanke das so protokolliert:

„Die ständigen Einmischungen und das laufende Hineinreden in kirchliche Veranstaltungen und innerkirchliche Angelegenheiten, die wiederholten Reg-

---

lementierungen und Androhungen von staatlichen Maßnahmen sind nach Hartmanns Kenntnis ohnegleichen in der DDR ... Die Leitung des Kirchenkreises möchte genau wissen, wer die staatlichen Maßnahmen, die in dem Brief angeführt wurden, veranlaßt hat und wie es kommen konnte, daß Hartmann betr. des Klagegottesdienstes vor den Staatsanwalt geladen wurde. Diese Methoden seien empörend und die Leitung des Kirchenkreises bringst diesem Vorgehen des Staates gegenüber ihr absolutes Unverständnis zum Ausdruck.“

Mein Brief an den Oberbürgermeister vom 4.8.1984 ist nie schriftlich beantwortet worden. Als endlich am 18.9.1984 ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister stattfand, war bereits eine diskriminierende Maßnahme gegen mich eingeleitet worden, die das Verhältnis Staat-Kirche in den folgenden Monaten sehr belastet hat. Der Rat des Bezirkes Halle hatte sich mit Hilfe des Ministeriums für Staatssicherheit gegen das Staatssekretariat für Kirchenfragen durchgesetzt und eine beantragte Dienstreise nach Locarno in der Schweiz für mich und für meine Frau abgelehnt. Auf Stadt- und Bezirksebene wurden Voten für eine Ablehnung gesammelt, die alle im Operativen Vorgang „Trend“ aufbewahrt sind.

Ende Mai sprach der Stellvertreter für Inneres beim Rat der Stadt bei einer Begegnung mit uns vom Anbruch eines neuen Frühlings im Blick auf die Beziehungen Staat-Kirche. Fast zur selben Zeit schickt er eine Beurteilung von mir an den Rat des Bezirkes mit dem Resultat: „Aus den genannten Gründen würden wir aus unserer Sicht die vorgesehene Dienstreise des Hartmann nicht befürworten“. Seine Gründe sind:

- Hartmann ist „absolut kirchenleitungshörig“
- er hat keine „klare staatsbejahende Haltung“ erkennen lassen,
- er deckt „negative Verhaltensweisen kirchlicher Amtsträger“ und den „Mißbrauch kirchlicher Veranstaltungen“,
- er ist in Halle immer als „Nichtwähler“ in Erscheinung getreten.

Das Ministerium für Staatssicherheit Halle-Stadt nennt unter dem 18. September 1984 als meine schwersten Verfehlungen: die Verteidigung des Klagegottesdienstes der Frauen, meinen Brief an den Oberbürgermeister vom 4.8. und die Tatsache, daß ich an dem Empfang anlässlich des 35. Jahrestages der DDR nicht teilgenommen habe.

Das Ministerium für Staatssicherheit Halle-Bezirk wiederholt die Begründungen und betont ausdrücklich: „Mit der Ablehnung, des Ausreiseantrages ist beabsichtigt, eine nachhaltige Disziplinierung Hartmanns zu erreichen, der seit Jahren die staatlichen Erwartungshaltungen im Zusammenhang mit dem Mißbrauch kirchlicher Veranstaltungen für subversive Zwecke nicht erfüllt.“ Mein „Sündenregister“ beginnt immer beim „Fall Lothar Rochau“: „Seit der Auseinandersetzung zuständiger staatlicher Stellen mit Superintendent Hartmann zur Tätigkeit des ehemaligen Jugenddiakon Rochau aus Halle-Neustadt,

---

zu dem er trotz massiver belastender Momente eine Schutzfunktion ausübte, sind in seinem Verhalten verstärkt Konfrontationen mit dem Staat festzustellen.“ Und dann werden Beispiele genannt.

Es folgen in dieser Angelegenheit noch viele Gespräche. Telefonleitungen von kirchlichen und staatlichen Behörden werden abgehört. Im Operativen Vorgang „Trend“ ist ein abgehörtes Telefongespräch vom 20.9.1984 aufgezeichnet, das ich mit Bischof Dr. Demke geführt habe. Der Bischof sagte mir wörtlich: „Der Stand ist, daß auf der Ebene des Bezirkes, ich sage ausdrücklich auf der Ebene des Bezirkes, die Widerstände nicht zu überwinden sind. Ich sehe nun keine Möglichkeit mehr, daran etwas zu ändern. Ich habe in Berlin klargemacht, daß ich das für sehr schwerwiegend halte.“

Nicht unsere Schweizer Reise war wichtig. Damals mußten viele Bürger der DDR auf Reisen verzichten. Belastend aber war das schwergestörte Verhältnis zwischen Staat und Kirche.

Als am 18. September die Möglichkeit zu einem Gespräch mit dem Oberbürgermeister sich ergab, haben wir dies wahrgenommen. Pfarrer Lemme als mein Vertreter und ich haben uns um ein sachliches Gespräch bemüht. Es ging vor allem um die Jugendarbeit und um die Basisgruppen (Öko-, Frauen- und Ärzteggruppe). Nach dem Operativen Vorgang „Trend“ soll ich gesagt haben - und ich denke, daß das richtig wiedergegeben worden ist - : „Diese bestimmten jugendlichen Gruppierungen sowie auch der Frauen- und Ärztekreis hätten sich ja nicht auf Veranlassung der Kirche herausgebildet, sondern sie wären aus einer Basisbewegung entstanden und die Kirche hätte sich dieser Gruppierungen nur angenommen, um ihnen Ziel und Orientierung für und in ihrer Arbeit zu geben. Die Leitung des Kirchenkreises habe wiederholt realistisch eingeschätzt, daß vieles von dem, was die Kirche beabsichtigt und gewollt habe, nicht aufgegangen und gelungen sei, sie sich aber deshalb nicht aus der Arbeit und Verantwortung gegenüber diesen jungen Menschen und Gruppen zurückziehen könne.“

Meine beantragte und abgelehnte Schweizerreise habe ich nicht angesprochen.

Das Protokoll über dieses Gespräch wurde natürlich - wie sollte es auch anders sein! - sofort an das Ministerium für Staatssicherheit geschickt. Schon am 27.9.1984 neun Tage nach unserem Gespräch mit dem Oberbürgermeister - setzen sich drei Offiziere des Ministerium für Staatssicherheit zusammen und stellen einen neuen Operativplan zum Operativen Vorgang „Trend“ auf. Als Zielstellungen werden genannt:

1. Die Differenzierung unter den kirchlichen Mitarbeitern ist zielgerichtet fortzusetzen.
2. Hartmann ist weiter zu isolieren

- 
3. Hartmann muß in „seinem feindlich-negativen Wirken“ weiter zurückgedrängt werden und „in ein staatliches Abhängigkeitsverhältnis“ gebracht werden.

In einem Gespräch beim Rat des Bezirkes am 2.10.1984 haben sich Oberkirchenrat Dr. Schultze und Propst Abel eindeutig hinter die Kirchenkreisleitung Halle gestellt. Darüber gibt es ein ausführliches Protokoll im Operativen Vorgang „Trend“.

Die Pfarrkonventsrüste in Hirschluch vom 22.-25. Oktober 1984 nutzte ich zu einem kritischen Nachdenken über das Verhältnis von Staat und Kirche in Halle. Ich habe meine damalige persönliche Sicht so dargelegt:

„1. Ich beschränke mich auf die 6 Jahre, die ich in Halle tätig bin. Ich weiß wenig von dem, was vorher war. Von staatlicher Seite wurde mir schon im ersten Jahr bescheinigt, daß mein Kommen nach Halle eine Verschlechterung des Klimas im Verhältnis Staat-Kirche bewirkt hätte. Dies war von mir nicht gewollt und ist auch weiterhin nicht beabsichtigt.

Ich bekenne mich zu der Ansicht von Bischof Hempel, der am 22.9.1984 in Greifswald vor der Synode gesagt hat, daß kontinuierliche und geduldige Gespräche zwischen Staat und Kirche das einzige geeignete Mittel zur Lösung von Problemen und Konflikten sind und damit zugleich friedensfördernden Charakter haben.

Um solche Gespräche habe ich mich bemüht, immer von neuem. Nach sechs Jahren muß ich aber feststellen, daß das Verhältnis Staat-Kirche in Halle zur Zeit so gestört ist wie nie zuvor. Der neue Oberbürgermeister hat mir im September gesagt, jeder solle zuerst vor seiner Tür fegen. Er verstand das als Aufforderung an uns. Ich habe ihm das nicht abgenommen, weil er es zu rechthaberisch gesagt hat. Aber grundsätzlich halte ich diesen Satz für richtig. Wir sollten uns auf dieser Konventsrüste auch fragen, welchen Beitrag zur Verschlechterung des Klimas wir beigetragen haben. Ich jedenfalls stelle mir diese Frage, weil ich zutiefst beunruhigt bin über dieses Mißverhältnis, beunruhigt um unseres Auftrages in dieser Stadt willen. Wir haben Versöhnung und Frieden glaubwürdig zu bezeugen und Vertrauen zu wagen. Man sieht in uns aber Verführer von jungen Menschen, die Unzufriedene ermuntern, die an unserer Gesellschaft nichts Gutes gelten lassen, die Staat im Staate sein wollen, die nach politischer Macht streben. Wie konnten wir in diese Optik geraten? Wir machen es uns zu leicht, zu schnell von Verleumdung zu sprechen und zu eifertig den berühmten neutestamentlichen 'Stein des Anstoßes' heranzuziehen.

2. Zur Zeit wird uns vor allem angelastet, daß wir zu stark in die Öffentlichkeit drängen, z. B. Friedensdekade, Umwelttage, Ausstellungen, Gemeinsamer Theaterbesuch. Es wird uns vorgeworfen, daß wir über unseren eigentlichen religiösen Bereich, in dem sie uns nicht stören wollen, hinaus uns mit Fragen

beschäftigen, die wir den politischen Parteien überlassen sollten. (Das richtet sich gegen unsere Basisgruppen!) Unsere gesamte Jugendarbeit wird stark in diese Richtung verdächtigt. Dazu wird aber auch die Neubauarbeit in Silberhöhe gerechnet. Dort soll auf jeden Fall ein kirchlicher Neubau verhindert werden, obgleich es schon seit 1978 einen diesbezüglichen Ministerratsbeschuß in Berlin gab. Eine Kollektensammlung für einen Neubau in Silberhöhe bei der Einführung von Propst Abel im Herbst 1978 war mein erstes 'Vergehen' in Halle. Dies wurde als unfreundlicher Akt gegenüber den staatlichen Stellen verstanden. Ein zweiter unfreundlicher Akt folgte sofort: Ich hatte Abt. Inneres beim Rat der Stadt gebeten, vorher mit mir abzusprechen, wenn Aussprachen mit Pfarrern organisiert werden sollen.

Zum alltäglichen Konfliktstoff gehören:

- Druckgenehmigungen für Kirchenblätter und Plakate,
- was fällt unter die Veranstaltungsordnung, was nicht,
- kirchliche Arbeit in Alters- und Pflegeheimen,
- Schul- und Ausbildungsfragen,
- Ausreiseproblematik.

3. Auf welchen Ebenen spielt sich das Pokerspiel zwischen Staat und Kirche in Halle ab?

3.1. Stadtebene: Der häufigste Gesprächspartner ist der Kirchensekretär, der Leiter von Abt. Inneres hält sich zurück.

Gespräche mit dem Oberbürgermeister etwa einmal im Jahr. Der alte OB wich vor Problemen aus, war freundlich und harmlos. Der neue OB ist sachlich, scharf, genauestens informiert, auf die harte Linie des Bezirkes eingestellt, hat Interesse an einer eigenen Politik mit uns. Auf Stadtbezirksebene suchen wir vor allem Kontakte zu den Fachdezernenten (Abt. Bau, Wohnung, Soziales).

Die Teilnahme an Veranstaltungen der Nationalen Front halten wir nur für sinnvoll, wenn sachlich und offen diskutiert werden kann.

3.2. Bezirksebene: Seit drei Jahren werden alle entscheidenden Probleme in Halle dort verhandelt. Bei den Gesprächen im Rathaus ist meistens ein Vertreter von Abt. Inneres beim Rat des Bezirkes anwesend. Die ständige Einmischung des Bezirkes in Stadtangelegenheiten verschärft die Situation im Verhältnis 'Stadt-Kirche'.

3.3. CDU-Kreis- und Bezirksstellen suchen zu uns Kontakt. Mein Reagieren auf solche Annäherungsversuche sehe ich unter seelsorgerlichen Gesichtspunkten. In der CDU gibt es Christen, die auf unsere Aufmerksamkeit angewiesen sind. Sachlich und politisch spielt die CDU keine Rolle.

3.4. Volkspolizei: Regelmäßige Kontakte sind nötig wegen der Veranstaltungsverordnung. Im Zusammenhang mit der Aufnäherproblematik 'Schwerter



---

zu Pflugscharen' gab es wichtige Gespräche mit der Volks- und Transportpolizei.

3.5. Das Ministerium für Staatssicherheit: ist nicht unser Gesprächspartner. Es gab in 3 Ausnahmesituationen kurze Begegnungen von nur wenigen Minuten:

- nach der Verhaftung von Lothar Rochau: ich sollte für die Staatsanwaltschaft eine kirchliche Beurteilung über ihn schreiben
- als drei Pfarrer des Kirchenkreises zur Vernehmung in die Bezirksstelle zitiert worden waren
- am 1. September nach der Verhaftung von Frau Eigenfeld

3.6. Staatsanwalt: zweimal in Sachen Lothar Rochau

einmal in der Sache Katrin Eigenfeld

einmal wegen des Klagegottesdienstes der Frauen

Auf diesen Ebenen spielt sich das Pokerspiel Staat-Kirche in Halle ab. In allen Fällen sind die Gespräche mit der Leitungsgruppe, oft mit Propst Abel und auch mit der Kirchenleitung in Magdeburg vorbereitet worden.

4. Meine Probleme:

4.1. Die staatlichen Stellen sind mir gegenüber sehr mißtrauisch geworden, und das zunehmend von Jahr zu Jahr. Ich versuche dennoch, ihnen offen zu begegnen.

4.2. Sehr bedrückend für mich ist: Ich spüre das Mißtrauen auch manchmal in unseren Konventen. Ich höre den Vorwurf: Du informierst uns zu wenig. Du taktierst zuviel. Du läufst den staatlichen Stellen nach. Es gibt Pfarrer unter uns, die alle Gespräche mit staatlichen Stellen ablehnen, weil ja doch nichts dabei herauskommt. Aber genau das ist zur Zeit auch die Haltung der Staatsvertreter auf Stadt- und Bezirksebene.

4.3. Es wird zu wenig theologisch aufgearbeitet, was uns in der Leitungsgruppe Woche für Woche bewegt. Ich habe zunehmend das unangenehme Gefühl, als ob wir gerade in diesem Begegnungsfeld 'Staat-Kirche' uns am allerwenigsten von geistlichen Gesichtspunkten bestimmen lassen, um so mehr aber von Prestige- und Machtgedanken. Rechnen wir eigentlich noch damit, daß unsere staatlichen Partner auf ein geistliches Wort, bzw. auf eine Entscheidung, die aus dem Evangelium fundiert ist, positiv reagieren.

4.4. Wir sollten uns auch immer wieder einmal fragen, ob wir nicht doch etwas leichtfertig und verantwortungslos in Predigt, Unterricht und Junger Gemeinde das Thema 'Christ in der Gesellschaft' behandeln. Zunehmend wollen junge Menschen in kirchlichen Dienst treten, weil sie in unserer Gesellschaft nicht mehr leben zu können meinen. Wenn sie bei uns keine Anstellung finden, wollen sie auswandern. Können wir das noch weiter verantworten, solche junge Menschen als Katecheten, Fürsorger, Jugenddiakone oder Pfarrer einzusetzen,

---

die der Meinung sind, man kann in der DDR-Gesellschaft nicht mehr als Christ leben?

4.5. Noch eine letzte Frage von mir: Wieweit besprechen wir unsere Entscheidungen im politischen Bereich und unsere Äußerungen dazu mit unseren Kirchenältesten, mit denen, die 'draußen' leben? Wieweit lassen wir uns von ihren Meinungen bestimmen, wieweit dürfen wir von ihnen abhängig werden? Akzeptieren wir einen Gemeindegemeinderat oder Kreiskirchenrat als Kirchenleitung?

Um es ganz persönlich zu sagen: Wieweit hat der Vorsitzende eines Kreiskirchenrates sich von diesem abhängig machen zu lassen? Die Meinungen zum Verhältnis Staat-Kirche sind im Kreiskirchenrat oft völlig andere als in den Pfarrkonventen.

5. Zusammenfassend möchte ich sagen: Ich persönlich halte das augenblickliche Mißverhältnis zwischen Staat-Kirche in Halle nicht für eine normale Situation. Ich sehe darin eine große Gefahr für unsere kirchliche Arbeit.“

Soweit meine Darstellung des Verhältnisses Staat-Kirche in Halle im Oktober 1984.

Wenn ich mich richtig erinnere, hat der Pfarrkonvent mir damals das volle Vertrauen ausgesprochen und zum Ausdruck gebracht, daß nicht ich persönlich für das Mißverhältnis Staat-Kirche verantwortlich sei. Es sei sachlich bedingt und müsse in gemeinsamer Arbeit bewältigt werden.

Das Ministerium für Staatssicherheit, das natürlich in Hirschluch mithörte, sah es anders. In einem Sachstandsbericht vom 25. März 1985 heißt es:

„In Vorbereitung der Friedensdekade 84 fand in Hirschluch ein Pfarrkonvent des Kirchenkreises Halle statt. Hierzu wurde inoffiziell bekannt, daß Hartmann in den Beratungen versuchte, seine Position im Verhältnis Staat-Kirche darzulegen, um die Reaktionen und Auffassungen des Kirchenkreises in Erfahrung zu bringen. Durch die anwesenden Amtsträger wurde einmütig dargelegt, daß sie im Gegensatz zu Hartmann diesbezüglich keine Probleme haben und er die Situation übertrieben bzw. unrealistisch darstellen würde. Diese von den Pfarrern des Kirchenkreises vertretene Position wurde durch Propst Abel unterstützt, wodurch der Hartmann mit seiner Meinung im Kirchenkreis relativ allein steht. Die Mehrzahl der Pfarrer hat dafür kein Verständnis.“

Das Ministerium für Staatssicherheit sieht sich fast am Ziel seiner sechsjährigen Bestrebungen, Hartmann im Konvent zu isolieren.

Wenige Wochen nach dem Konvent in Hirschluch brennt in den Morgenstunden des 16. November die Laurentiuskirche nieder. In die Verzweiflung um den Verlust unschätzbbarer Kunstschatze und eines Kirchenraumes, der auch im Winter für große Veranstaltungen nutzbar war, mischen sich quälende Fragen wie: Wer hat ein Interesse an dieser Brandstiftung mitten in der aufregenden Phase der Friedensdekade, ganz in der Nähe einer Haftanstalt, in der viele po-

litische Häftlinge einsaßen? Wie sollen wir reagieren auf die Ermittlungen der zuständigen Staatsorgane? Selbstverständlich wollten wir mithelfen, daß die Brandkatastrophe aufgeklärt wird. Aber können wir die Namen aller Jugendlicher und Bürgerrechtler, die sich in unseren Häusern versammeln, preisgeben. Wir haben doch Erfahrungen gesammelt und wissen, welche Methoden die Organe des Ministeriums für Staatssicherheit bei Verhören anwenden!

Gespräche mit dem Bezirksstaatsanwalt werden nötig, zumal durch neue Brände - im März 1985 in der Georgenkirche und im Juli 1985 im Johannesgemeindehaus - die Situation immer gespannter und unerträglicher wird, auch für die Staatsorgane. Nach Ausbruch des Brandes im Johannesgemeindehaus erklärt der Staatsanwalt am 11. Juli 1985 genervt: „Entweder wir finden jetzt den Täter, oder wir haben in Kürze den nächsten Brand in Halle.“

Im Zusammenhang mit dem Brand in der Laurentiuskirche werden wir darüber informiert, daß die Brandreste in der Kirche dreimal gründlich untersucht worden seien und daß es Gespräche mit ca. 1500 Personen gegeben habe, aber bisher alles ohne Ergebnis. Im Operativen Vorgang „Trend“ wird unter dem 25. März 1985 mir bescheinigt: „Im Ergebnis der eingeleiteten Maßnahmen zur Ursachenermittlung der Brände in der Laurentius- und Georgenkirche muß zu Hartmann eingeschätzt werden, daß sich dieser gegenüber den Untersuchungsorganen aufgeschlossen und auskunftsbereit verhielt. Innerhalb der Gemeinden sorgte Hartmann für eine objektive Darstellung der Untersuchungshandlungen und beugte damit Gerüchten vor.“

Wenigstens in diesem Zusammenhang suchten die Staatsorgane eine sachliche Zusammenarbeit mit uns. Die Brände hatten bis in höchste Regierungskreise für Aufsehen gesorgt. Im Blick auf Baukapazitäten und Zuteilung von Baumaterialien erfuhren wir dagegen von Seiten der Stadt überhaupt kein Entgegenkommen.

(Erst im Jahr 1987 konnte ein Orgelbauer als Brandstifter für die Laurentiuskirche ermittelt werden!)

## 1985/1986

In einem Protokoll über die kollektive Beratung zum Operativen Vorgang „Trend“ vom 19. März 1985 wird festgestellt, daß „eine deutliche Reserviertheit des Hartmann gegenüber staatlichen Stellen zu verzeichnen ist. Nach vorliegenden Informationen wurde eine innerkirchliche Disziplinierung und Differenzierung des Hartmann erreicht.“ Es soll sich im Stadtgebiet von Halle auch eine CFK-Gruppe „aus progressiven bzw. realistisch denkenden kirchlichen Amtsträgern“ gebildet haben, „welche als Opposition zu Hartmann und dessen Anhänger geeignet scheinen“. (Ich habe, solange ich in Halle war, von dieser Gruppe nichts bemerkt!)

Aber es heißt auch in diesem Protokoll: „Es muß eingeschätzt werden, daß Hartmann auch weiterhin die als feindlich-negativ einzuschätzenden Arbeitskreise Ökokreis, Frauenkreis, Ärztekreis unterstützt und diesen kirchlichen Schutz gewährt.“

Darum muß alle kirchliche Arbeit weiterhin beobachtet und beeinflußt werden.

Daß die „Hallesche Missionskonferenz“, die vom 3.-5. März tagte und auch Gäste aus Westdeutschland und aus der Ökumene erwartete, südamerikanische Basisgruppen mit den in der DDR in der Kirche wirkenden Bürgerrechtsgruppen in Verbindung brachte und letztere durch ein Referat von Propst Dr. Falcke „Die Kirche und ihre Gruppen“ besonders würdigte, war ein Alarmzeichen für die staatlichen Organe.

Ich hatte den Eindruck gewonnen, daß unser Arbeitskreis „Christliche Mediziner in sozialer Verantwortung“ den Staatsorganen ganz besonders gefährlich erschien wegen seiner gründlichen thematischen Arbeit und wegen seiner Kontakte zu IPPNW-Vertretern. 1984 und 1985 waren Verantwortliche aus der Bewegung „Ärzte zur Verhütung eines Nuklearkrieges“ aus der Bundesrepublik Deutschland privat in die DDR gereist und hatten zu unserem Kreis Verbindung aufgenommen. Vertreter des Halleschen Kreises hatten auf der anderen Seite sich an das DDR-Komitee „Ärzte zur Verhütung eines Nuklearkrieges“ gewandt und ihre Mitgliedschaft beantragt. Die Staatsorgane reagierten äußerst scharf und lehnten ab. Im Operativen Vorgang „Trend“ wird ein Brief von mir abgeheftet, den ich am 18.12.1985 an die Mitglieder des Arbeitskreises „Christliche Mediziner in sozialer Verantwortung“ im Kirchenkreis Halle geschrieben habe. Er sollte die Mitglieder ermutigen, einzelne Anträge auf Mitgliedschaft im DDR-Komitee zu stellen. In einem im Operativen Vorgang „Trend“ festgehaltenen Gespräch mit dem Kirchensekretär beim Rat der Stadt erläutere ich auf Anfragen diesen Brief.

Dieser Arbeitskreis hatte 1985 mehrere öffentliche Auftritte in Halle in der Woche, die wir zur Erinnerung an das Kriegsende vor 40 Jahren veranstaltet hatten und bei der Friedensdekade im Herbst. Daß trotz aller Widerstände 1986 sogar ein Vertreter dieses Medizinerkreises an dem Weltkongreß des IPPNW in Köln teilnehmen konnte, haben wir dem persönlichen Einsatz unseres Bischofs Dr. Demke, aber auch dem mutigen, zähen und geduldigen Wirken einiger Hallenser Ärzte zu verdanken.

Wie aus einer Operativen Information des Ministeriums für Staatssicherheit vom 30.4.1986 zu entnehmen ist, wurde bis zuletzt von Halle aus versucht, zu verhindern, daß ein Mitglied unseres Ärztekreises an dem Kongreß in Köln teilnimmt. Begründung: „Als Mitglied dieses Arbeitskreises unternimmt er Aktivitäten gegen die DDR. Die Aktivitäten für seine Teilnahme am Weltkongreß stellen sowohl den Versuch der staatlichen Anerkennung des Arbeitskreises als auch den Versuch der Spaltung der DDR-Sektion dar. ... Darüber hinaus würden mit der Teilnahme eines Vertreters des Ärztekreises die bisherigen Er-

---

gebnisse der Zurückdrängung von Aktivitäten der politischen Untergrundtätigkeit unwirksam.“

Aber dieses Mal konnte sich Halle nicht gegen Berlin durchsetzen.

Am 26.4.1985 fand beim Oberbürgermeister ein Gespräch mit unserer Leitungsgruppe des Kirchenkreises statt, das - für uns nicht ganz überraschend - als Schwerpunkt das Thema „Punktreffen“ erhielt. Wie die Akte des Operativen Vorgangs „Trend“ deutlich macht, hatte man vorher das am 20.4.1985 stattgefundene Punktreffen gründlich ausgewertet. Es gibt einen Bericht über unser Gespräch mit dem Oberbürgermeister, daneben aber auch noch eine differenzierte Darstellung der Meinung einzelner Mitglieder unserer Leitungsgruppe, die eigentlich nur auf Tonbandaufnahmen fundiert sein kann. Man spürt das Bemühen, die einzelnen Verantwortlichen in der Leitungsgruppe gegeneinander auszuspielen, was aber nicht gelungen ist. Im Dezember 1985 kam es anlässlich eines weiteren Punktreffens im Christuskirchehaus zu Gesprächen auf Bezirksebene. Das Ministerium für Staatssicherheit legte danach folgende Schritte fest:

- Der Staatssekretär Gysi spricht mit Bischof Dr. Demke
- Abteilung Inneres beim Bezirk spricht mit Propst Abel
- Texte der Punk-Bands werden unter strafrechtlichen Gesichtspunkten untersucht
- es werden Inoffizielle Mitarbeiter eingesetzt, um vor Ort die weitere Entwicklung zu beobachten.

Am 2. Mai 1985 fand im Hotel „Stadt Berlin“ in Ostberlin ein Arbeitsgespräch über Umweltfragen statt, das zwischen dem Staatssekretariat für Kirchenfragen und dem Bund der Evangelischen Kirchen vereinbart worden war. Ich nahm als Vertreter unserer Landeskirche daran teil. Das Protokoll, das von kirchlicher Seite über diese Begegnung verfaßt wurde, befindet sich im Operativen Vorgang „Trend“.

Ich begründete bei diesem Gespräch die Entstehung von spezifischen Umweltgruppen in der Kirche mit negativen Erfahrungen, die einzelne Christen in ihrem Betrieb oder in der FDJ oder an anderen Stellen gemacht haben, als sie dort Umweltverantwortung praktizieren wollten. Ich beklagte, daß beauftragte Vertreter der Kirchen wohl angehört werden, nicht aber engagierte Laien. Sie bekommen häufig Schwierigkeiten, wenn sie versuchen, in ihrem Lebens- und Erfahrungsbereich etwas einzubringen. Ich bat darum, daß man auch den kirchlichen Gruppen Gelegenheiten geben möchte, praktische Einsätze zur Umweltverbesserung durchführen zu können.

Acht Wochen später, am 15. Juli, wird uns vom Rat der Stadt Halle als Pflegeobjekt der Park der ehemaligen Kröllwitzer Papierfabrik angeboten. Um aber zu verhindern, daß der Ökokreis der Kirche offiziell anerkannt wird, sollen lauter Einzelverträge zwischen der GALA und den Mitgliedern unserer Gruppe

---

abgeschlossen werden. Eine Tonbandabschrift des Ministeriums für Staatssicherheit hält fest, daß Hartmann am 4.8.1985 in einer Veranstaltung den Ökokreis über das städtische Angebot informiert und Zustimmung bei den Mitgliedern findet.

In den folgenden Monaten bemühte ich mich um den Abschluß eines Gruppenvertrages mit der GALA. Ich wollte mit diesem Vertrag eine Aufwertung der Gruppe und eine Anerkennung seitens des Staates erreichen.

Der Vertrag kam zustande. Ich unterschrieb als Vorsitzender des Kreiskirchenrates und benannte den Leiter des Ökokreises als meinen Bevollmächtigten. Das Ministerium für Staatssicherheit schaltete sich ein, forderte das Vertrags-exemplar, das der Leiter des Ökokreises besaß, ein. Ich habe sofort dagegen Einspruch erhoben und bei einem Gespräch im Rathaus am 15.4.1986 damit gedroht, eine Eingabe nach Berlin zu richten, wenn der Gruppenvertrag nicht sofort bestätigt wird. Der Vertrag ist dann bestätigt worden.

Mein letztes Eintreten für den ökologischen Arbeitskreis in Halle erfolgte am 21.5.1986 im Rathaus. Im Operativen Vorgang „Trend“ heißt es darüber: „Superintendent Hartmann betonte, daß der sog. Umweltsonntag nunmehr schon eine Tradition in der Kirche erlangt habe und das Motto ‘Mobil ohne Auto’ in der Kirche weit verbreitet sei. ... Seit Jahren wird auch in der Wochenzeitung ‘Die Kirche’ auf Formen und Methoden in der Gestaltung von Umweltwochenenden hingewiesen und der Kirchenkreis Halle suche nach sinnvollen und interessanten Veranstaltungen im Interesse unserer Umwelt und der Wahrnehmung von Umweltverantwortung.“

Etwa um diese Zeit fand auch ein Gespräch mit mir im Ökokreis statt, über das ein Inoffizieller Mitarbeiter wie folgt berichtet: In diesem Gespräch habe Hartmann ausdrücklich betont, daß alle Mitglieder sich auf ihn berufen könnten, sollten Schwierigkeiten im Betrieb entstehen. Sie haben einen Arbeitsvertrag mit dem Betrieb, keinen Vertrag über die Freizeit“.

„Schuld und Vergebung - der Grund christlichen Friedenshandelns“ - unter dieser Überschrift haben wir in Halle im Mai 1985 in vielen Veranstaltungen an die Beendigung des Krieges vor 40 Jahren gedacht und alle Basisgruppen im Kirchenkreis miteinbezogen. Für mich war eindrucksvoll, daß die jungen Erwachsenen, die sich in der Gegenwart für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einsetzten, auch äußerst interessiert waren an der Aufarbeitung der Vergangenheit vor 1945. Dagegen war die eigentliche Kriegsgeneration nur sehr spärlich vertreten. Im Operativen Vorgang „Trend“ heißt es: „Zu allen diesbezüglichen Veranstaltungen im Kirchenkreis Hallen wurden keine negativ-feindlichen Aktivitäten/Aussagen bekannt.“

Das Ministerium für Staatssicherheit ist aber darüber beunruhigt, daß in diesen Maitagen in Schönburg, Kreis Naumburg eine zentrale Veranstaltung der Kirche zum 8. Mai stattfinden soll und dazu eine Delegation aus der Bundesrepu-

---

blik Deutschland erwartet wird. Diese Delegation soll mit Ärzten aus dem westdeutschen Komitee „Ärzte gegen den Atomtod“ durchgesetzt sein, die illegale Zusammenkünfte mit dem Hallenser Ärztekreis arrangieren wollen. Davor wird in einer Information vom 12. März 1985 gewarnt. Wenige Tage später, am 27. März 1985, wird in einem Gespräch mit Konsistorialpräsident Kramer durch Herrn Pöhner vom Rat der Bezirkes unser Medizinerkreis ganz massiv angegriffen:

- „der Ärztekreis ist nicht berechtigt, im Namen der Ärzteschaft des Bezirkes Halle zu sprechen;
- er ist nicht legitimiert, anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus öffentliche Veranstaltungen durchzuführen;
- eine eigenständige Teilnahme von Mitgliedern dieses Ärztekreises am Kongreß des IPPNW in Budapest ist zu unterbinden;
- der Raum und Schutz der Kirche darf nicht für die Entwicklung feindlich-negativer Aktivitäten genutzt bzw. mißbraucht werden;
- des weiteren wird auf einen Artikel in der Zeitschrift 'Rundbriefe' der BRD-Ärzte-Initiative verwiesen, der die Aktivitäten des Ärztekreises in Halle zur Hetze gegen die DDR nutzt“.

Sowohl die Magdeburger Kirchenleitung wie unsere Hallesche Kirchenkreisleitung haben die Vorwürfe zurückgewiesen und dem Halleschen Ärztekreis unser volles Vertrauen ausgesprochen.

Am 6.2.1986 fand in unserer Wohnung eine Begegnung unseres Ärztekreises mit dem Vizepräsidenten des BRD-Ärztekomitees Prof. Bonhoeffer statt, das im Operativen Vorgang „Trend“ ärgerlich registriert wird mit dem Vermerk: „Informationen zum Inhalt dieses Treffens konnten nicht erarbeitet werden“. Diesmal gab es keinen Inoffiziellen Mitarbeiter unter den Besuchern!

Im Dezember 1985 habe ich auf der Kirchensynode in Frankfurt/Main unsere Kirchenprovinz vertreten. In meinem Grußwort habe ich unseren Dienst in der Gesellschaft der DDR so dargestellt:

„Brücken bauen - so verstehen wir unsere Aufgabe als Christen in unserem Land. Brücken von einer Konfession zur anderen. Brücken zwischen Christen und Nichtchristen. Brücken zu den Aussteigern in unserem Land. Brücken zwischen den Kirchen in den östlichen Ländern wie Polen, CSSR. Sowjetunion und den Kirchen des Westens. Brücken zur Dritten Welt. So verstehen wir uns als Kirche in unserer Gesellschaft. Wir haben den Eindruck, daß viele Menschen in unserem Land große Erwartungen in uns als Kirche setzen. Gerade Erwartungen in Richtung des Brückenbauens. Aber ob wir diesen Erwartungen gerecht werden können, das ist unsere bange Frage. Ein Wort des Prager Theologen Josef Hromadka aus der Zeit des 2. Weltkrieges ist mir in diesen Tagen wieder wichtig geworden:

- Es geht darum, ob wir wirklich glauben, daß Jesus von Nazareth seine Königsherrschaft über die ganze Menschheit aufgerichtet hat. Über die zusammengebrochene christliche Zivilisation, über die sozialistische und kommunistische Welt, über die erwachten und um ihre Unabhängigkeit und Würde ringenden Völker. Es geht um die Gewißheit, daß er auf den Trümmern der Kirchen und Kathedralen unablässig und in souveräner Gnade wirkt. Er ist der Herr der Auferstehung. Mit ihm können wir über alle Mauern springen.“

Beim überregionalen Friedensseminar „Konkret für den Frieden“ in Stendal vom 28.2.-2.3.1986 hatte ich ein Referat gehalten zum Thema: „Der Auftrag an die Kirche - Frieden leben“. Nicht nur der Aufriß meines Referates findet sich im Operativen Vorgang „Trend“, sondern auch Bemerkungen über die Resonanz bei den Zuhörern: „Sein Beitrag fand jedoch unter den Anwesenden nicht die gewünschte Resonanz.“

In dem am 24. März 1986 verfaßten Sachstandsbericht zum Operativen Vorgang „Trend“ wird am Ende eingeschätzt:

„Der Verdacht, daß Hartmann feindlich-negative Gruppierungen fördert oder in sonstiger Weise unterstützt, wie es der Straftatbestand des § 107(3) StGB verlangt, konnte im Bearbeitungszeitraum weiter erhärtet werden. ... Der Umgangs- und Verbindungskreis des Hartmann konnte weiter ermittelt und aufgeklärt werden. Die operativ bedeutsamen Verbindungen nach der BRD wurden dokumentiert und dazu werden entsprechend den operativen Erfordernissen Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen über die Abteilungen M, VI und XII eingeleitet.“

Es ist dem Ministerium für Staatssicherheit schon bekannt, daß ich im September meinen Dienst in Halle aufgeben werde. Aber bis dahin muß eine weitere „innerkirchliche Disziplinierung des Hartmann“ erreicht werden. Dabei muß stärker als bisher „die Einflußnahme über den Kreiskirchenrat und gegebenenfalls über die Kreissynode genutzt werden“.

Dazu möchte ich bemerken: Ich habe mich zu keinem Zeitpunkt innerkirchlich diszipliniert gefühlt. Die vielen Inoffiziellen Mitarbeiter im Kirchenkreis und in der Kirchenprovinz haben mich natürlich belastet, auch wenn ich das ganze Ausmaß der Bespitzelung damals noch nicht übersehen konnte. Aber meinen Weg und mein Handeln habe ich mir von den Inoffiziellen Mitarbeitern nicht vorschreiben lassen. Daß ich nur eine Legislatur-Periode, 8 Jahre, in Halle als Superintendent arbeiten wollte - das hatte ich bereits bei meiner Wahl 1978 zum Ausdruck gebracht.

Eine Operativinformation des Ministeriums für Staatssicherheit vom 10.2.1986 hält fest, daß die Provinzialsynode eine kirchliche Planungsgruppe einberufen hat, in der auch Hartmann mitarbeiten soll. Für das Ministerium für Staatssicherheit ergibt sich die „Notwendigkeit, durch geeignete inoffizielle Kräfte den Prozeß des Wirkens dieser Planungskräfte gezielt aufzuklären, um daraus

---

weitere politisch-operative Maßnahmen für die Koordinierung mit den verantwortlichen Bezirksverwaltungen im Bereich der Kirchenprovinz Sachsen abzuleiten.“

Im Operativen Vorgang „Trend“ findet die Kirchenleitungssitzung in Magdeburg am 14./15. März besondere Aufmerksamkeit. Einmal wegen der Auswertung des Friedensseminars „Frieden konkret“ in Stendal, aber auch wegen des Situationsberichtes, den ich über den Kirchenkreis Halle abgeben sollte. Drei innerkirchliche Inoffizielle Mitarbeiter haben unabhängig voneinander darüber geschrieben. Das Ministerium für Staatssicherheit wurde genauestens informiert über die Auswertungsgespräche in der Kirchenleitung. Genauso interessiert werden die Sitzungen und Gespräche im Zusammenhang mit der Wahl eines neuen Propstes für Magdeburg verfolgt und analysiert. Z. B. werden die politischen Äußerungen der Propstkandidaten festgehalten.

Schon bei der Einleitung des Operativen Vorgangs „Trend“ im Jahr 1983 wurde mir meine pazifistische Einstellung und meine Unterstützung von pazifistischen Aktionen als Fehlverhalten angelastet:

- ich hatte die Marktgemeinde mit ihrem Plakat „Spielt Frieden - nicht Krieg“ unterstützt;
- ich hatte Wehrpflichtige beraten, als Bausoldaten ihren Dienst abzuleisten hatten;
- ich hatte radikale Wehrdienstverweigerer beraten und verteidigt;
- ich galt als Mitinitiator der Bewegung „Sozialer Friedensdienst“;
- ich hatte mit dem Pfarrkonvent gegen die staatlichen Aktionen im Zusammenhang mit dem Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ protestiert.

Es war nur folgerichtig, daß ich noch in den letzten Monaten in Halle einem jungen Mann beistand, der aus Gewissensgründen den geforderten Reservistendienst mit der Waffe ablehnte. Ich habe ihn beraten, konnte nach seiner Verhaftung ihn im Militärgefängnis besuchen, erhielt auch die Erlaubnis, bei der Verhandlung vor dem Militärgericht am 5.3.1986 anwesend zu sein. Die Verteidigung hatte durch meine Vermittlung Rechtsanwalt Schnur übernommen. Der Angeklagte wurde zu 6 Monaten verurteilt. Ich konnte ihn in der anschließenden Haftzeit besuchen.

Im Operativen Vorgang „Trend“ gibt es einen sachlichen Bericht über diesen Vorgang.

Bei unseren Bemühungen, den Arbeitskreis „Christliche Mediziner in sozialer Verantwortung“ im kirchlichen und gesellschaftlichen Bereich zu mehr Anerkennung zu verhelfen, wurde im Rahmen der für Mai 1986 in Halle vorgesehenen Bundesbesuchswoche ein Abend mit diesem Ärztekreis vereinbart. Präses Gäbler von der Bundessynode sollte prominenter Gast sein. Die Veranstaltung

---

fand wie geplant in meiner Wohnung statt am 10. Mai. Bereits am 2. April 1986 war das Ministerium für Staatssicherheit genauestens informiert.

Am 12. Mai 1986 lädt der Rat des Bezirkes, Abteilung Inneres die Superintendenten des Bezirkes in das Gästehaus des Bezirkes ein. Am 8. Juni finden Volkskammerwahlen statt. Jedesmal sind die Sicherheitskräfte beunruhigt. Es wird genau registriert, welcher Pfarrer oder Superintendent an der Wahl teilnimmt oder nicht.

Noch aus einem anderen Grund wurden wir ins Gästehaus des Bezirkes eingeladen. Die Katastrophe von Tschernobyl vom 26.4.1986 erregte immer mehr die Menschen auch in unserem Land. Sie waren entsetzt über das Ausmaß der Katastrophe und über die möglichen langfristigen Folgen. Und sie waren erzürnt über die spärlichen und verzögernden und verharmlosenden Informationen durch unsere Medien.

Diese Meinungen haben wir im Gespräch mit den Bezirkspolitikern zum Ausdruck gebracht. Es wurde aber nicht gehört. Die Politiker wichen aus, spielten herunter, verstanden unsere Anfragen als scharfe Angriffe auf ihre Partei.

Vom 24. -26. Mai 1986 reiste ich mit einer Delegation unseres Kirchenkreises in die CSSR zu unserem Partnerkirchenkreis Brno der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder. Da unsere Kontakte zu dieser Kirche in der CSSR unseren Staatsorganen schon lange verdächtig waren, hatte sich das Ministerium für Staatssicherheit Halle schon am 23.12.1983 beim Staatssekretariat für Kirchenfragen erkundigt. Die Antwort erfolgte am 24.1.1984 in sachlicher Form. Auf tschechischer Seite beargwöhnten die Staatsvertreter unseren Besuch genauso mißtrauisch wie unsere Sicherheitsorgane.

Vom 14.-20. August durfte ich im Auftrag unserer Kirche nach Südtirol reisen und in einer vor 75 Jahren von Hallenser Christen errichteten Bergkapelle in Suldén am Ortler einen Gottesdienst halten. Von den westdeutschen Polizeibeamten wurde ich zunächst sehr argwöhnisch behandelt, weil ich einen Dienstausweis als Visum vorlegte. Man wurde erst freundlicher, als sie mich als Pfarrer erkannten. In meiner Predigt in Suldén habe ich bezeugt: „Unser Gott ist immer schon da, in jeder Gesellschaft, auch in der menschenfeindlichsten Diktatur. Das besagt doch die theologische Aussage von der Menschwerdung Gottes: Er ist in jedem Land, in jeder Gesellschaft, unter jeder politischen Herrschaft. Er ist immer schon da und wartet auf Menschen, die bei ihm vorbeigehen, bei ihm anhalten, einkehren und neuen Mut schöpfen.“

Vor meiner Reise nach Südtirol fand in der Georgengemeinde am 29.6. ein Gemeindetag statt. Die Situation in dieser Gemeinde habe ich in der Predigt so angesprochen:

„Was hier im letzten Halbjahr in der Georgengemeinde sich getan hat, ist nicht nur innerkirchlich aufgefallen. Die Neuzugezogenen aus den Neubauten beobachten es, die staatlichen Stellen haben es registriert. Hier rappelt sich plötz-

---

lich eine sehr kleingewordene Gemeinde auf, die 20 Jahre wie gelähmt auf ihre immer mehr zerfallende Kirche starrte, während ringsherum neue Straßen und Wohngebiete geplant und gebaut wurden. Diese kleine Gemeinde wagte es, für ihre Kirche, die Anfang Dezember gesprengt werden sollte, neu zu hoffen. Der große leergeräumte Kirchenraum und der Garten sollen der Georgengemeinde und den anderen Innenstadtgemeinden für besondere Gottesdienste und Veranstaltungen im Sommerhalbjahr dienen. Die vielen Menschen, die täglich in PKWs und Bussen an der Kirche vorbeifahren oder aus ihren Hochhäusern auf Kirche und Gemeindehaus herabblicken, sie sollen wissen:

Hier werden eingeladen: Menschen mit vielen Fragen, die unter der Not der Welt leiden, die Sehnsucht haben nach einer neuen Erde, die Frieden schaffen wollen aus der Kraft der Schwachen, die verfolgt werden, weil sie tun, was Gott verlangt.“

Um die Sprengung der Kirche zu verhindern bedurfte es vieler zäher Verhandlungen mit staatlichen Stellen und gefährlicher Baumaßnahmen.

Da die Georgengemeinde neben dem Christusgemeindehaus immer mehr Zentrum für offene Arbeit mit Menschenrechtsgruppen wurde, geriet sie zunehmend ins Visier des Ministeriums für Staatssicherheit, vergleiche Operativer Vorgang „Ephraim“.

Im Sommer spricht sich in Halle herum, daß ich mit den verschiedenen Basisgruppen zusammen einen Gottesdienst zum Weltfriedenstag in der Marktkirche gestalten werde. Es wird mein letztes öffentliches Auftreten im Kirchenkreis Halle sein.

Im Operativen Vorgang „Trend“ heißt es dazu: „Inoffiziell wurde bekannt, daß Hartmann beabsichtigt, Vertreter der bekannten feindlich-negativen Gruppierungen in die Gottesdienstgestaltung einzubeziehen. ... In Koordinierung mit der KD Halle erfolgt ein zielgerichteter IM-Einsatz in Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung.“

Welche „feindlich-negativen“ Aktivitäten werden im Gottesdienst sichtbar?

Ich habe meine Predigt zusammengefaßt mit einem Zitat des Altbischof Dr. Krusche aus einem Artikel, den er zum Gedenken an Oskar Brüsewitz, der sich 10 Jahre vorher in Zeitz verbrannt hatte, geschrieben hatte. Dieser Artikel durfte 1986 nicht in der Kirchenzeitung erscheinen. Dr. Krusche sagt:

„Die entscheidende Anfrage an uns scheint zu sein:

- ob wir im Dienst des Herrn stehen wollen, der die Nägelmale des Karfreitag zur bleibenden Signatur seiner Herrschaft gemacht hat;
- ob wir die Verborgenheit seiner Herrschaft aushalten, die Unscheinbarkeit seiner Mittel bejahen und uns an der Armseligkeit seiner Gemeinde nicht stoßen;

- 
- Macht es uns noch zu schaffen, oder haben wir es inzwischen zustimmend bejahen gelernt, daß wir eine Kirche ohne Geltung, ohne Macht, ohne aufzählbare Erfolge sind und daß es für uns nichts Größeres und Sinnvolleres gibt, als von ihm gebraucht zu werden als Boten seiner Liebe und als Werkzeuge seines Friedens?“

Und das Fürbittengebet, an dem Vertreter der Gruppen beteiligt waren, habe ich mit den Worten eingeleitet:

„Ein Dresdner Städtökumenekreis hat angeregt, daß im Frühjahr 1988 eine ökumenische Versammlung der Christen und Kirchen in der DDR stattfinden soll, die als eine Station im konziliaren Prozeß auf dem Weg zu einem Friedenskonzil dienen soll. Wir möchten in diesem Gottesdienst diese Anregung aufgreifen. Auch unser Gebet soll in diese Richtung wirken.

Christa Wolfs Cassandra ist eine wissende Prophetin, die erkannt hat, wovon Leben abhängig ist. Kurz vor ihrer Hinrichtung sagt sie zu den Siegern: Wenn ihr aufhören könnt zu siegen, wird diese eure Stadt bestehen.

So wollen wir unseren Umgang miteinander verstehen, nicht als Sieger, nicht als Besserwisser, nicht als die, die schon weiter sind als die anderen, sondern selbst als Suchende, als Bedrohte, als Strauchelnde, die auf andere angewiesen sind.“

Und dann folgten die Fürbitten, konkret, drängend, hoffnungsvoll, vorbereitet von den Basisgruppen.

Mußten die Hüter des „realexistierenden Sozialismus“ nicht mit Recht solche Gottesdienste fürchten?

Lothar Kreyssig, der Gründer der „Aktion Sühnezeichen“, an dessen Wirken wir in diesem Friedensgottesdienst auch erinnert hatten, hat an die „ansteckende Gesundheit der Vergebung“ geglaubt.

Selbst ein Ministerium für Staatssicherheit verfügt über keine Machtmittel gegen solch eine Ansteckungsgefahr.

Abteilung XX/4

Halle, 20. Juli 1983 BSStU  
sr-scha

000023

bestätigt:  
Stellvertreter Operativ

*Schöppe*  
S c h ö p p e  
Oberst

# Eröffnungsbericht

zum Anlegen des OV "Trend"

Es wird vorgeschlagen, die Person

geboren am: H A R T M A N N Helmut  
wohnhaft: 6. 2. 1932 in Eudörner  
Beruf: Halle, Rathenaplatz 4  
Tätigkeit: Diplom-Theologe  
Superintendent/Vorsitzender  
des Kirchenkreises Halle  
Partei: parteilos  
Organisationen: keine  
Familienstand: verheiratet (3 Kinder)  
ER/AR: siehe KMK-Auszug  
PKZ: 06 02 32 41 34 28

wegen des Verdachtes der Begehung strafrechtlich-relevanter Handlungen gemäß § 107 StGB unter ständiger Prüfung der tatbestandsmäßigen Voraussetzungen gemäß der §§ 218 und 220 StGB im Rahmen eines Operativvorganges zu bearbeiten.

Dokument 1: Eröffnungsbericht zum Operativen Vorgang „Trend“ vom 20. Juli 1983  
(BSStU Ast. Halle, Reg.-Nr. VIII 405/83, S. 23-28)

BSStU  
000024

015

## Zur Person

Nach seiner sozialen Stellung kommt der H. aus einer Pastorenfamilie. Sein Vater H., Wilhelm war Pfarrsteiger in Hettstedt. Seine Mutter H., Ruth, geborene Burger, stammt ebenfalls aus einem Pfarrhaus in Thüringen.

H. wurde gemeinsam mit seinen 3 Geschwistern im Elternhaus erzogen. Von 1938 bis 1942 besuchte er die Volksschule in seinem Heimatort. Danach besuchte er von 1942 bis 1950 die Oberschule in Aschersleben und legte die Reifeprüfung ab. Während der 12. Klasse entschloß sich der H. ein Theologiestudium aufzunehmen.

Unmittelbar nach seiner Schulzeit nahm er dann ein Studium an der Martin-Luther-Universität Halle, Sektion Theologie, auf. Dieses beendete er am 29. 9. 1955 mit guten bis genügenden Studienergebnissen.

An sein Studium schloß sich 1 Jahr Lehrvikariat in Lindau (Kreis Zeitz) an. Hier wurde dem H. eine fleißige und gewissenhafte Arbeitsweise bescheinigt.

Am 15. 7. 1956 nahm der H. ein Studium am Predigerseminar Brandenburg auf. Er konnte dieses Studium am 31. 6. 1957 mit durchschnittlichen Studienergebnissen beenden. Am 30. 11. 1957 legte H. den Befähigungsnachweis vor der Prüfungskommission der Evangelischen Kirchenleitung Magdeburg mit dem Prädikat "im ganzen gut" ab.

Vom 1. 7. 1957 bis 1. 5. 1958 nahm er die Tätigkeit als Tiefbauarbeiter im Braunkohlenkombinat "Schwarze Pumpe" auf. Nach diesem Einsatz nahm H. ab 1. Juni 1958 für 1 Jahr die Tätigkeit als Hilfsprediger in Mueheln (Kreis Merseburg) auf. Hier erfolgte am 22. 6. 1958 seine Ordination zum Pfarrer. Am 24. Juli 1959 heiratet der H. seine jetzige Ehefrau

HARTMANN  
....., Christiane  
geborene Kühn  
7. 2. 1932 in Berlin-Karlshorst  
Diplom-Biologin  
Hausfrau

Aus der gemeinsamen Ehe gingen die Kinder

Robert 06 02 62 41 34 45 in Merseburg  
Sabine 21 08 63 51 34 26 in Merseburg  
Klaus 08 12 69 41 34 24 in Eisleben

hervor.

Von 1959 bis 1967 übernahm H. die 2. Pfarrstelle an der St. Jakobikirche in Muehlen. Danach wechselte er nach Eisleben und übernahm die 1. Pfarrstelle der St. Andreas-Kirche. Während dieser Zeit wurde er stellv. Vorsitzender des Kirchenkreises Mansfelder Land und Leiter des Fachbereiches "Zeugnis und Dienst". 1969 erfolgte seine Wahl als Provinzialsynodale. Am 1. 9. 1978 übernimmt H. die 1. Pfarrstelle der Paulus-Kirche in Halle. Er wird zum Vorsitzenden des Kirchenkreises Halle gewählt und übernimmt die Funktion des Superintendenten. In dieser Funktion ist er auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch tätig.

#### Zum Sachverhalt

Als Superintendent und Vorsitzender des Kirchenkreises (KKR) Halle nimmt der H. unter den kirchlichen Amtsträgern im Territorium von Halle eine zentrale Stellung ein. Dabei wurde insbesondere in den letzten Jahren immer mehr deutlich, daß er feindlich-negative klerikale Kräfte gegenüber leitenden kirchlichen Gremien deckt bzw. sie in ihren Aktivitäten unterstützt.

Diese Tendenz bestätigte sich vor allem bei der offensiven politisch-operativen Bearbeitung der OV

"Privileg" (XX/4)

"Felonie" (XX/4)

"Prävention" (KD Halle-Neustadt)

"Arche" (KD Halle)

Folgende operative Fakten konnten in diesem Zusammenhang inoffiziell und teilweise offiziell erarbeitet und dokumentiert werden:

- H. ist Mitorganisator der sich 1982 formierten SOFD-Basisgruppe in Halle bzw. des jetzigen Arbeitskreises "Frieden" - "Christliche Frauen Hohenthurm"
- H. setzt sich 1982 in seiner Funktion als Superintendent für den Verbleib des damaligen Jugenddiakon Rochau in seiner Tätigkeit in Halle-Neustadt ein, obwohl sich der Gemeinderat von Halle-Neustadt in einer Eingabe weigerte, weiter mit Rochau zusammenzuarbeiten

- H. beeinflusst Wehrpflichtige zur Dienstdurchführung in Einheiten von Bausoldaten
- H. ist am 7. 4. 1982 Initiator und Mitunterzeichner der Eingabe des Kreiskirchenrates Halle gegen staatliche Maßnahmen im Zusammenhang mit pazifistischen Aufmärschen
- Im April 1982 war an der Marktkirche in Halle für jedermann sichtbar das Plakat "Spiel Frieden - nicht Krieg" angebracht. Der Aufforderung des Staatsapparates, dieses Plakat zu entfernen, kam H. nicht nach.
- H. ist im April 1982 Initiator und Mitunterzeichner einer Eingabe des Kreiskirchenrates an das VPKA Halle, die sich gegen polizeiliche Maßnahmen im Zusammenhang mit pazifistischen Aufmärschen richtet
- Entgegen der Orientierung der Kirchenleitung bewilligt H. rechtswidrig Ersuchenden auf Übersiedlung nach der BRD ein Arbeitsrechtsverhältnis in kirchlichen Einrichtungen (Diakoniewerk)
- Am 30. 5. 1982 tritt H. als Mitorganisator einer sogenannten Friedensdemonstration in Halle auf (konnte durch Einleitung politisch-operativer Maßnahmen verhindert werden)
- H. verweigerte im Mai 1982 die Herausgabe von Beweismaterial im Zusammenhang der Aufklärung schriftlicher Hetze im Paulusviertel
- Auf Initiative des H. trat der Friedenskreis Halle anlässlich des Kirchentages in Eisleben vom 17. bis 19. 6. 1983 im Rahmen des "Marktes der Möglichkeiten" mit einem eigenen Beitrag auf. H. identifiziert sich mit dem dort veröffentlichten Aufruf dieses Arbeitskreises, am 6./7. 8. 1983 die Aktion "Fasten für den Frieden" durchzuführen und übernimmt die Vervielfältigung entsprechender Schreiben mit Angaben über Örtlichkeiten und Verhaltensweisen.

H. stellt für die Zusammenkünfte des Arbeitskreises "Frieden" Räumlichkeiten zur Verfügung, auch seine Wohnung. Im Beisein des H. werden Aktionen beraten und beschlossen, wie z. B. "Fasten für den Frieden", welche am 6./7. 8. 1983 in oder an der Marktkirche stattfinden soll.

H. verwendet sich für die "Umweltausstellung" in der Marktkirche und versucht, staatliche Maßnahmen (betr. Inhaltliche Korrektur) zu unterlaufen. H. nimmt aus diesem Grund den Kontakt zu Dr. GENSICHEN (KfH Wittenberg) auf und leistet damit den Autoren der Ausstellung



BSU

5

000027

aktive Unterstützung. Entgegen des GKR (Marktgemeinde) besteht der H. darauf, die Ausstellung bis zum letzten Termin geöffnet zu halten und nicht wie vorgeschlagen, eine Woche früher zu schließen. H. sprach sich auch dafür aus, die Ausstellung an anderen Orten zu zeigen.

H. regt an, im Kirchenkreis eine AG "Umweltschutz" zu gründen. (Die ersten Mitglieder sollen die Gestalter der "Umweltausstellung" Helmut BECKER, Friedhelm KASPARIK (Theologiestudenten) sein.)

H. orientiert auf ein Forum zur Ausstellung in der Marktkirche.

H. gehört zu den Initiatoren und Organisatoren der Radtour am 26. 6. 1983 vom Dom (Halle) nach Gimritz. Durch rechtzeitiges Einleiten zweckmäßiger operativer Maßnahmen konnte der Mißbrauch dieser Veranstaltung zu einer Demonstration mit negativer Zielstellung vorbeugend verhindert werden.

Auf der Grundlage der vorliegenden Fakten werden mit H. verstärkt 1982 zahlreiche Gespräche, sowohl Vorbeugungsgespräch in Verbindung mit beabsichtigten Veranstaltungen als auch in Auswertung bestimmter Aktivitäten geführt, durch:

Rat des Bezirkes Halle, Stellv. Inneres - Gen. Pöhner

Rat der Stadt Halle, Abt. Kirchenfragen - Gen. Hanka

Leiter VPKA Halle, Gen. OSL Bachmann

Leiter Trapo-Amt, Gen. OSL Hartmann

VPKA Halle, Revier I - Gen. Major Kahle, Hptm. Sauer

Zusammenfassend muß eingeschätzt werden, daß H. in den Gesprächen hartnäckig auf seinem Standpunkt verharrte und sich wenig einsichtig zu den angesprochenen Problemen zeigte. Es ist vielmehr die Tendenz zu erkennen, daß sich H. durch die Gespräche mit staatlichen Stellen teilweise bestätigt fühlt und den "Organisatoren und Inspiratoren den erforderlichen Freiraum" innerhalb der Kirche gewährt und aktive Unterstützung (z. B. Verstärkeranlagen, Vervielfältigungstechnik, Räumlichkeiten) gibt.

Im gleichen Zusammenhang muß beachtet werden, daß es H. nicht versäumt, die Kirchenleitung in protokollarischer Form von seinen Gesprächen mit staatlichen Stellen zu informieren, wobei er prinzipiell seine Position bekräftigt.

BSU

000028

6

#### Zielstellung der politisch-operativen Bearbeitung

H. wird seit 25.01.1983 in OPK durch die Abteilung XX/4 operativ bearbeitet. Ausgehend vom vorliegenden Sachverhalt besteht die Zielstellung der politisch-operativen Bearbeitung im Operativvorgang in:

1. Der innerkirchlichen Disziplinierung des H. im Falle der Überschreitung seines Kompetenzbereiches, der Einmischung in staatliche Angelegenheiten bzw. des feindlichen Mißbrauchs seiner kirchenleitenden Funktion sowie die ständige Zurückdrängung feindlich-negativer Aktivitäten durch die Einleitung geeigneter Offensivmaßnahmen über zuständige staatliche Stellen auf der Grundlage der vom Stellvertreter Operativ bestätigten Konzeption vom 07.07.1983
2. Die Nachweisführung der Organisation eines verfassungsfeindlichen Zusammenschlusses gem. § 107 StGB unter ständiger Prüfung der tatbestandsmäßigen Voraussetzungen im Sinne der §§ 218 und 220 StGB
3. Der Beweisführung und Dokumentierung, daß H. seine kirchliche Tätigkeit dazu mißbraucht, um konfessionell gebundene Personen bzw. kirchliche Amtsträger feindlich-negativ zu beeinflussen, durch Organisation der sogenannten offenen Jugendarbeit sowie der Arbeitskreise "Frieden" die Voraussetzungen für eine politische Untergrundtätigkeit schafft und durch Verbreitung pazifistischen Gedankengutes die Wehrbereitschaft der Jugend untergräbt.
4. Der vorbeugenden Verhinderung der Organisation einer politischen Untergrundtätigkeit und der Verbreitung pazifistischen Gedankengutes unter dem Deckmantel der sogenannten staatlich unabhängigen Friedensbewegung unter Mißbrauch seiner kirchenleitenden Funktion.

Schallier  
Oberleutnant

Referatsleiter

Schulze  
Major

Leiter der Abteilung

Groß  
Oberleutnant

Abteilung XX

Halle, 12. April 1984  
4/sr-he

## Protokoll

Über die kollektive Beratung zum OV "Trend", Reg.-Nr. VIII 405/83

Am 10. 04. 1984 erfolgte zum OV "Trend" eine kollektive Beratung. An dieser Beratung nahmen teil:

Leiter der Abteilung	OSL Gröger
Stellv. Ltr. d. Abt.	Major Jonak
Ref.-Leiter XX/4	Major Schulze
oV-bearbeitender MA, XX/4	Oltn. Schaller

Gen. Oltn. Schaller schätzte den gegenwärtigen Stand der operativen Bearbeitung des Operativ-Vorganges ein. Im Prozeß der operativen Bearbeitung des OV "Trend" konnten folgende Aspekte herausgearbeitet werden:

1. Trotz mehrfach eingeleiteter offensiver Gespräche mit der im OV bearbeiteten Person, über zuständige staatliche Stellen, konnte keine wesentliche Einflußnahme zur Zurückdrängung und Unterbindung der feindlich-negativen Aktivitäten unter Mißbrauch der kirchlichen Funktion erzielt werden.
2. Die im OV bearbeitete Person tritt weiterhin als Inspirator/Organisator im Rahmen von Veranstaltungen der sogenannten offenen Jugendarbeit und der staatlich unabhängigen Friedensbewegung auf. Es konnte der Nachweis erbracht werden, daß in diesen Veranstaltungen der religiöse Charakter nicht gewahrt und die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR diffamiert werden sowie pazifistisches Gedankengut vermittelt wird.
3. Es wurde mehrfach deutlich, daß die im OV erfaßte Person feindlich-negative klerikale Personen gegenüber leitenden kirchlichen Gremien deckt, diese in ihren Aktivitäten unterstützt sowie bestimmte Kräfte und deren feindlich-negative Aktivitäten, gegenüber dem Staat als kirchliche Veranstaltungen legitimiert.

Dokument 2: Protokoll über die kollektive Beratung zum Operativen Vorgang „Trend“ vom 12. April 1984 (BStU Ast. Halle, Reg.-Nr. VIII 405/83, S. 29-31)

BStU  
000030

2

Als Schlußfolgerung für die weitere politisch-operative Bearbeitung wurde festgelegt, noch stärker vorbeugend zur Unterbindung weiterer feindlich-negativer Aktivitäten die Möglichkeiten der innerkirchlichen Disziplinierung bei gleichzeitiger Erarbeitung von Beweisen zur Nachweisführung der Verletzung von Straftatbeständen zur Einleitung geeigneter strafprozeßualer Maßnahmen zu nutzen.

Leitungsmäßig wurde dahingehend orientiert, die im Rahmen der OV-Bearbeitung über die zuständigen staatlichen Stellen organisierten offensiven Gespräche sowie deren Inhalt, Verlauf und Ergebnisse zu dokumentieren. Auf dieser Grundlage soll der Nachweis erfolgen, daß die im OV erfaßte Person eine derartige Einflußnahme ignoriert, jedoch die angesprochenen Sachverhalte zur Kenntnis bekommen hat.

Der auf der Grundlage des vorliegenden aktuellen Sachstandes zu erarbeitete Maßnahmenplan muß folgende Hauptzielstellungen enthalten:

1. Die innerkirchliche Disziplinierung der im OV "Trend" erfaßten Person muß verstärkt werden. Um einen nachhaltigeren Einfluß zu erzielen, muß eine höhere Gesprächsebene geprüft und organisiert werden. Die Einflußnahme über den Kreiskirchenrat und die Kreissynode muß dabei stärker genutzt werden.
2. Die offensiven Gespräche mit der OV-Person über zuständige staatliche Stellen müssen weiter qualifiziert werden. Zu diesem Zweck sind die Gesprächsführer in Form einer Gesprächskonzeption mit geeigneten Hintergrundinformationen auszurüsten. Schwachstellen der OV-Person müssen dazu genutzt werden, um die Zielperson zurückzudrängen zu können und zu verunsichern.
3. Der aktuelle Sachstandsbericht wird der Abt. IX zur strafrechtlichen Begutachtung übergeben.
4. In enger Koordinierung mit der KD Halle ist ein zweckmäßiger IM-Einsatz zu organisieren und durchzusetzen. Die weitere offensive politisch-operative Bearbeitung des OV "Trend" ist auf die beweiskräftige Dokumentierung feindlich-negativer Handlungen auszurichten.

BSU  
000031

3

5. Unter Einbeziehung des VPKA Halle, Abt. Erlaubniswesen bzw. E-Offizier ist die Druckgenehmigung für die innerkirchlichen Vervielfältigungsgeräte (Kirchenkreis Halle) zu prüfen.  
Zum Mißbrauch dieser Geräte sind solche Beweismittel zu sichern, die eine Überarbeitung und Einschränkung dieser Druckgenehmigung zu lassen.

Referatsleiter

*Schulze*  
Schulze  
Major

*Schaller*  
Schaller  
Oberleutnant

Leiter der Abteilung

*Gröger*  
Gröger  
Oberstleutnant

Abteilung XX/4

Halle, 4. November 1986  
sr-scha

BSU  
000442

bestätigt:  
Stellvertreter Operativ

*Schäppe*  
Schäppe  
Oberst

Abschlußbericht  
zum OV "Trend", Reg.-Nr. VIII 405/83

Es wird vorgeschlagen, die vorgangsmäßige politisch-operative Bearbeitung der Person

Hartmann, Helmut  
geb. am: 6. 2. 1932 in Burgörner  
wh.: bis 15. 10. 1986 Halle,  
Rathenauplatz 4  
Beruf: Diplom-Theologe  
Tätigkeit: bis 15. 10. 1986 Superintendent/  
Vorsitzender des Kreiskirchenrates Halle  
jetzt Kreispfarrer für Missionsarbeit und  
Gemeindedienste  
Parteilzugehörigkeit: parteilos  
Organisationen: keine  
Familienstand: verheiratet (3 Kinder)  
ER/AR: siehe KMK-Auszug  
PKZ: 06 02 32 41 34 28

wegen des Verdachtes der Begehung strafrechtlich-relevanter Handlungen gemäß § 107 StGB unter Prüfung der tatbestandsmäßigen Voraussetzungen gemäß §§ 218 und 220 StGB einzustellen.

#### Gründe der Einleitung

Im Ergebnis einer operativen Personenkontrolle zu H. wurde dokumentiert, daß er als Superintendent und Vorsitzender des Kreiskirchenrates (KKR) des Kirchenkreises Halle unter den kirchlichen Amtsträgern im Territorium von Halle eine zentrale Stellung einnahm. Dabei wurde insbesondere in den letzten Jahren immer mehr deutlich, daß Genannter feindlich-

Dokument 3: Abschlußbericht Operativer Vorgang „Trend“ vom 4. November 1986  
(BSU Ast. Halle, Reg.-Nr. VIII 405/83, S. 442-449)

negative, klerikale Kräfte gegenüber leitenden kirchlichen Gremien deckt, diese in ihren Aktivitäten unterstützt sowie bestimmte Kräfte und deren feindlich-negativen Aktivitäten gegenüber staatlichen Stellen als kirchliche Veranstaltungen legitimiert.

#### Zielstellung der politisch-operativen Bearbeitung

1. Nachweis der straffatsbestandsmäßigen Voraussetzungen zum verfassungsfeindlichen Zusammenschluß gemäß § 107 StGB unter ständiger Prüfung der tatbestandsmäßigen Voraussetzungen der §§ 218 und 220 StGB.
2. Der Nachweisführung und beweismäßigen Dokumentierung, daß H. seine kirchliche Funktion und Tätigkeit dazu mißbraucht, um gewissen Kräften in der Kirche einen Freiraum zur Realisierung ihrer feindlich-negativen Aktivitäten einzuräumen. In diesem Zusammenhang besteht die operative Aufgabenstellung darin, "... die fördernde oder in sonstiger Weise unterstützende ..." Rolle des H. herauszuarbeiten und beweisfähig zu dokumentieren.
3. Der vorbeugenden Verhinderung bzw. Unterbindung des negativ-feindlichen Einflusses des H. sowie des Unterlaufens staatlicher Festlegungen und gesetzlicher Anordnungen bzw. Verordnungen.

#### Ergebnis der politisch-operativen Bearbeitung

Im Ergebnis eines planmäßigen und differenzierten IM-Einsatzes von

IM in kirchenleitenden Schlüsselpositionen  
IMB "Jürgen Bückner"  
IME "Carsten"  
IME "Fred Lange"  
IMS "Hartmut Koop"  
IMS "Dr. Krause"  
IMS "Nicole Palmer"

in Koordinierung mit der KD Halle und in Abstimmung mit den Kräften des operativen Zusammenwirkens konnten operative Hinweise erarbeitet werden, durch die der Verdacht der Verletzung des Straftatbestandes des § 107 StGB erhärtet wurde. Darüber hinaus wurde durch die zum Einsatz gebrachten IM eine weitestgehende operative Kontrolle der im OV registrierten Person mit dem Ziel der vorbeugenden Verhinderung eines feindlich-negativen Wirksamwerdens gewährleistet.

Wesentliche operativ auswertbare Informationen wurden durch das abgestimmte und koordinierte Einleiten von operativen Maßnahmen zu

OV "Emotion"            Abteilung XX/1  
OV "Inspirator"        Abteilung XX/2

600444

OV "Felonie"            Abteilung XX/4  
OV "Begine"            Abteilung XX/4  
OV "Privileg"           KD Halle

sowie durch die stabsmäßige Kontrolle der Kirchentage 1983 u. a. kirchlicher Großveranstaltungen erarbeitet.

Weiterhin konnten auswertbare Informationen durch die Maßnahme - A - der Abteilung 26 sowie in Realisierung der Fahndungsmaßnahmen der Abteilung M erarbeitet werden.

#### Zur Person

Hartmann, Helmut,  
geb. am: 6. 2. 1932 in Burgörner

#### Vater:

Hartmann, Wilhelm  
geb. am: 24. 12. 1902 in Hettstedt  
Beruf: Pfarrsteiger/Rentner  
(Mitglied der Bekennenden Kirche)

#### Mutter:

Hartmann, Ruth  
geb. Bürger  
geb. am: 2. 2. 1907 in Altenburg  
Beruf: keinen

#### Ehefrau:

Hartmann, Christiane  
geb. Kühn  
geb. am: 7. 2. 1932 in Berlin-Karlshorst  
Beruf: Diplom-Biologin

#### Kinder:

Robert    06 02 62 413 445 in Mersburg  
Sabine    21 08 63 513 436 in Mersburg  
Klaus     08 12 69 413 424 in Eisleben

Seiner sozialen Stellung nach kommt der H. aus einer Pfarrfamilie und wurde durch sein Elternhaus im religiösen Sinn erzogen. Seine Schulzeit beendete Genannter mit der Reifeprüfung und er nahm unmittelbar danach (1950) an der MLU Halle ein Theologiestudium auf.

Nach erfolgreichem Abschluß absolvierte er ein Lehrvikariat und nahm 1956 ein weiteres Studium (für 1 Jahr) an einer innerkirchlichen Ausbildungsstätte, dem Predigerseminar Brandenburg, auf. Um praktische Studien zu führen, ließ er sich zeitlich vom kirchlichen Dienst suspendieren und nahm die Tätigkeit als Tiefbauarbeiter im BKK "Schwarze Pumpe" auf. Im Juni 1958 trat der H. als Hilfsprediger in Micheln (Kreis Merseburg) wieder in den kirchlichen Dienst (Ordination zum Pfarrer). Nach der Übernahme der Pfarrstelle in der St. Andreas-Kirche in Bisleben, seiner Wahl zum stellv. Vorsitzenden des Kirchenkreises Mansfelder Land sowie der Wahl als Provinzsynodale der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen wechselte der H. mit seiner Familie den Wohnort 1978 nach Halle, wo er die 1. Pfarrstelle in der Paulusgemeinde übernahm.

Aus dieser Funktion heraus wird er zum Superintendenten und Vorsitzenden des Kreiskirchenrates des Kirchenkreises Halle gewählt. Diese Funktionen übte er bis zum 15. 10. 1986 aus. Er beendete seine Tätigkeit mit dem Wohnortwechsel von Halle nach Erfurt, um hier die Kreis Pfarrstelle für Missionsarbeit und Gemeindedienst zu übernehmen. H. verfügt über keine wesentlichen theologischen und stimmlichen Fähigkeiten, wodurch er im Rahmen des kirchlichen Verkündigungsdienstes über keine nennenswerte Ausstrahlung verfügt und relativ wenig Anklang findet.

Auf der Grundlage seiner gesammelten Lebenserfahrungen erkennt H. sein Wirkungsfeld auf der Strecke der kirchlichen Verwaltungs- und Leitungstätigkeit, wobei er konsequent die Linie der Kirche demonstriert und teilweise mit Fanatismus vertritt.

#### Zum Sachverhalt

Im Rahmen der Vorgangsarbeit konnte erarbeitet und dokumentiert werden, daß sich H. in seiner kirchenleitenden Tätigkeit neuen Entwicklungstendenzen der kirchlichen Arbeit stellte und bemüht war ... organisierenden und fördernden ... Einfluß zu nehmen, ohne jedoch dabei zu erkennen, daß der gebotene kirchliche Freiraum durch negativ-feindliche Kräfte mißbraucht wurde. Als Repräsentant der Kirche ließ er sich nur schwer von solchen Erscheinungsmerkmalen überzeugen und war eher bemüht, Veranstaltungen zu legitimieren, stellte durch staatliche Stellen kritisierte Personen und Personengruppen unter den kirchlichen Schutz, bis hin zur Deckung von Mißbrauchshandlungen kirchlicher Amtsträger gegenüber der Kirchenleitung u. a. kirchenleitender Gremien.

Erst auf der Grundlage einer kontinuierlichen und gezielten Gesprächsführung über zuständige staatliche Stellen konnte dem H. durch erbrachte Beweise und das Aufzeigen von Hintergründen und Mißbrauchshandlungen einschließlich Gesetzesverletzungen seine Fehleinschätzung und daraus abgeleiteten falschen Maßnahmen und Reaktionen nachgewiesen und verdeutlicht werden.

Folgende operativ bedeutsame Aktivitäten konnten dazu erarbeitet und beweismäßig dokumentiert werden:

- 1983 kritisiert H. die staatlichen Maßnahmen, einschließlich der strafprozessualen gegenüber dem Diakon Rochau und macht diese für eine Rechtsunsicherheit in den kirchlichen Gemeinden verantwortlich.
- Mehrfach durch staatliche Stellen angemeldete Bedenken hinsichtlich der Zielstellung sowie der vom sogenannten Friedenskreis Halle ausgehenden Aktivitäten wurden durch H. ignoriert. Die Handlungsweise der Inspiratoren und Organisatoren dieses Kreises, welche sich gegen die gesellschaftlichen Interessen unseres Staates (Friedenspolitik, Wehrbereitschaft der Jugend) richteten, wurden durch H. als kirchlich legitime Jugendarbeit charakterisiert.
- H. billigte entgegen staatlichen Beauftragungen eine Vielzahl von Veranstaltungen mit Öffentlichkeitswirksamen und demonstrativen Charakter ohne jegliche religiöse Bezugspunkte und stellte dafür kirchliche Räumlichkeiten zur Verfügung. (Friedensdekade 1982, Aktion "Demonstration", "Mobil ohne Auto" - Buns, Klagegottesdienste, Kerzenaktionen vor der Marktkirche, Jugendwochen, Tankveranstaltungen usw.) H. lehnte staatliche Ermahnungen ab und ignorierte ausgesprochene Erwertungsmaßnahmen. Die ihm gegenüber 1984 vom Bezirksstaatsanwalt zum Ausdruck gebrachten Vorhaltungen bezeichnete H. als "Einnischung in innerkirchliche Angelegenheiten".
- H. autorisierte den sogenannten Frauenfriedenskreis, nachdem gegen deren Mitglieder ein Ordnungsstrafverfahren realisiert worden war, als kirchlichen Arbeitskreis und stellte ihn damit unter den "Schutz" der Kirche. Erst im Ergebnis mehrfacher Offensivmaßnahmen konnte H. dazu veranlaßt werden, disziplinierend auf diese Gruppierung einzuwirken und religiöse Elemente für dessen Arbeitsweise zu fordern.
- In ähnlicher Weise wurde durch den H. der Arbeitskreis "Christliche Mediziner in sozialer Verantwortung" unterstützt. Nachdem er sich für die Legitimierung dieser Gruppierung als kirchlicher Arbeitskreis verwendet hatte, unterstützte er die Bestrebungen der Organisatoren und Inspiratoren des "Arztekreises" zur Internationalisierung bzw. zur Herstellung von Verbindungen zum Arztekomitee in der BRD.
- Der an die Marktgemeinde angesiedelte Öko-Kreis (OV "Heide" - KD Halle) wurde in seiner Arbeitsweise in Form der Unterlaufung staatlicher Maßnahmen des Umweltschutzes unter Mißbrauch des kirchlichen Freiraumes ebenfalls unterstützt und unter kirchlichen Schutz gestellt.

Aus der Summe der ständigen Auseinandersetzung mit staatlichen Stellen, der daraus resultierenden Einschränkung seiner Handlungsmöglichkeiten, seine rückläufige Unterstützung/Deckung negativ-feindlicher Kräfte und nicht zuletzt seine häufige Reglementierung im Ergebnis des erzielten innerkirchlichen Disziplinierungsprozesses führten zu einer gewissen Isolation des H. und seiner Resignation, die besonders darin deutlich wird, sich einer Kandidatur als Superintendent und Vorsitzender des Kreiskirchenrates für die neue Legislaturperiode nicht zu stellen, sondern einen Wechsel des Tätigkeitsfeldes vorzuziehen.

Diese Entwicklungstendenz führte dazu, daß der H. nach ursprünglich hartnäckigen und uneinsichtigen Verhaltensweisen in der Gesprächsführung mit staatlichen Stellen zu einer verbalen Gesprächsbereitschaft beeinflusst werden konnte.

In politischer Hinsicht zeigt er sich wenig konsultant, sondern vertritt den gesellschaftskritischen Kurs der Kirche. Beachtenswert ist der Hinweis auf dem operativen Gespräch mit dem H. am 5. 2. 1986, indem bekannt wurde, daß sein Vater als Pfarrer im Mansfelder Land während der Zeit des Faschismus zur Bekenntenen Kirche gehörte und gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Kommunisten hatte.

H. vertrat in diesem Zusammenhang die Auffassung, daß solche Erfahrungen nach 1945 von beiden Seiten (Staat und Kirche) vergessen gemacht wurden und deshalb auch gegenwärtig, besonders bei älteren kirchlichen Mitarbeitern, gewisse Vorbehalte zum angestrebten Staat-Kirche-Verhältnis bestünden.

Im Ergebnis der realisierten Maßnahmekomplexe zur vorbeugenden Einflußnahme mit dem Ziel der Unterbindung einer politischen Untergrundtätigkeit konnten u. a. solche Reaktionen bei H. erreicht werden wie:

- Einflußnahme auf die "Gruppenarbeit" zur Aufnahme religiöser Elemente und ausgleichender Einfluß zu gesellschaftsbezogenen Fragen
- Vermittlung eines Vertrages zwischen dem Gartenbaubetrieb und dem Öko-Kreis zur Organisation effektiver und praktischer Umweltschutzmaßnahmen
- Einschränkung und letztendlich Unterbindung von Veranstaltungen mit sogenannten Randgruppen der Gesellschaft, einschließlich der Punkveranstaltungen im Rahmen der "offenen Jugendarbeit" der Kirche

- Einflußnahme auf die inhaltliche Gestaltung solcher kirchlicher Veranstaltungen wie:

"Friedensdekade"  
Petersbergtreffen  
Gottesdienst zum Weltfriedenstag  
"Mobil ohne Auto"  
Jugendwoche

unter Beachtung der staatlichen Erwartungshaltung.

#### Einschätzung des politisch-operativen Bearbeitungsstandes

Im Prozeß der vorgangsmäßigen politisch-operativen Bearbeitung des H. konnten Aktivitäten zur Begehung strafrechtlich-relevanter Handlungen gemäß der Straftatbestände der §§ 107, 218 und 220 StGB rechtzeitig aufgeklärt und durch den zielgerichteten Einsatz von IM sowie durch die Einleitung geeigneter Offensivmaßnahmen zur Verunsicherung, Zurückdrängung und Zersetzung vorbeugend verhindert werden.

Im Ergebnis eingeleiteter politisch-operativer Maßnahmen zur weiteren Forcierung des innerkirchlichen Differenzierungs- und Disziplinierungsprozesses, insbesondere eines zielgerichteten und differenzierten Einsatzes vorhandener IM sowie der Gewährleistung einer offensiven Einflußnahme durch die Partner des operativen Zusammenwirkens auf H. konnte erreicht werden:

- bei H. zeichnet sich eine zunehmende verbale Gesprächsbereitschaft mit zuständigen staatlichen Stellen ab, wobei er die staatlichen Erwartungshaltungen akzeptiert und weitestgehend nachkommt
- daß durch H. auf die sogenannten kirchlichen Gruppen dahingehend Einfluß genommen wurde, diese zur Aufnahme religiöser Elemente und Themen zu veranlassen, wodurch deren feindlich-negative Aktivitäten wesentlich eingeschränkt werden konnten. Unverkennbar dabei ist, daß H. im Interesse kirchenleitender Gremien bzw. deren Auflagen handelt. Dieses führte insgesamt zu Spannungen innerhalb dieser Gruppen und zur Isolierung bzw. zunehmenden Ablehnung des H.

Das Gesamtverhalten des H. sowie seine Aktivitäten im Rahmen der kirchlichen "offenen Jugend-" und Gruppenarbeit, verbunden mit seiner kirchenleitenden Funktion, sind durch Resignation und Überforderung gekennzeichnet, die sich letztendlich in der Ablehnung einer erneuten Kandidatur als Superintendent des Kirchenkreises Halle und der Übernahme einer Kreispfarrstelle in Erfurt widerspiegeln.

In politischer Hinsicht kann eingeschätzt werden, daß H. politisch indifferente bzw. ablehnende Grundpositionen zur gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR bezieht und an der Grundhaltung der Kirche zu Fragen des Pazifismus festhält. Das bestätigte sich u. a. an seiner Nichtteilnahme an der Wahl 1986.

Auf der Grundlage des vorliegenden Bearbeitungsstandes und der objektiven Bedingungen, wonach der H. am 15. 10. 1986 von Halle nach Erfurt verzogen ist, um dort die Funktion als Kreispfarrer für Stadtmissionsarbeit und Gemeindedienst zu übernehmen, wird vorgeschlagen, die vorgangsmäßige politisch-operative Bearbeitung des

OV "Trend", Reg.-VIII 405/83,

abzuschließen und das vorhandene Material aus Gründen des Quellenschutzes im Archiv der Abteilung XII der BV Halle gesperrt zur Ablage zu bringen.

Der territorial zuständigen DE, BV Erfurt - Abteilung XX, werden die Sachstandsberichte und der Abschlußbericht zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus wird es als erforderlich erachtet unter Einbeziehung der Partner des operativen Zusammenwirkens in differenzierter Form eine offensive Einflußnahme auf H. fortzusetzen.

Referatsleiter

*H. V. Krause*  
Heinrich  
Hauptmann

*Schaller*  
Schaller  
Hauptmann

Leiter der Abteilung

*G. G. G.*  
G. G. G.  
Oberst

---

Nach dem Studium der Akte des Ministeriums für Staatssicherheit - Operativer Vorgang „Trend“ - war für mich klar, daß es sich dabei nicht um eine persönliche Akte handelt. Im Operativen Vorgang „Trend“ geht es um den Kirchenkreis Halle. Ich war für das Ministerium für Staatssicherheit interessant als Vorsitzender des Kreiskirchenrates, der in den Jahren 1978 bis 1986 in Halle eine einflußreiche Funktion wahrzunehmen hatte. Für mich ist es darum selbstverständlich, daß die Öffentlichkeit über den Inhalt dieser Akte informiert werden muß.

Im Januar 1994 habe ich im Paulusgemeindehaus in Halle ein öffentliches Gespräch mit der Akte Operativer Vorgang „Trend“ versucht. Ich stellte die Veranstaltung unter das Thema „Eine Hoffnung lernte gehen“. Ich wollte einen positiven Akzent in die quälende Stasi-Diskussion einbringen. Wir haben nichts zu verbergen. Niederlagen und Erfolge, Versagen und Durchhalten können offen benannt werden. Wir brauchen die Aufarbeitung der Ereignisse dieser Jahre nicht abzubrechen. Je mehr wir uns mit ihr beschäftigen, um so ermutigender ist das Ergebnis. Das Ministerium für Staatssicherheit war so mächtig und verstärkte seine Tätigkeit gegen die Kirche von Jahr zu Jahr bis zum Herbst 1989 - und ist doch untergegangen! Die Hoffnung, die wir in Kirchen- und Bürgerrechtsgruppen zu gehen anfangen, war so klein und oft so anfällig. Aber wir lernten sie gehen. Und wir gehen sie weiter, heute durch ganz neue und andere Bedrohungen herausgefordert!

Für den „Markt der Möglichkeiten“ beim Evangelischen Kirchentag in Leipzig im Juni 1997 hatte der „Verein für erlebte Geschichte“ aus Halle einen Stand reserviert, der die Aktivitäten von Oppositionsgruppen der Saalestadt unter dem Dach der Kirche dokumentieren sollte. Ich wurde gebeten, mich daran zu beteiligen. So ist der Beitrag „Ein evangelischer Kirchenkreis im Visier des Ministeriums für Staatssicherheit“ entstanden.

Auf Vorschlag von Frau Edda Ahrberg erscheint dieser Beitrag nun - nach einer nochmaligen leichten Überarbeitung - in der Reihe „Betroffene erinnern sich“, herausgegeben von der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt.

Vielen Dank allen, die diese Veröffentlichung ermöglicht haben!

---

## Impressum

Helmut Hartmann: Ein evangelischer Kirchenkreis im Visier des Ministeriums für Staatssicherheit. Meine Akte Operativer Vorgang „Trend“

(Reihe „Betroffene erinnern sich“, Teil 7)

Herausgeber: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt  
(Telefon: (0391) 567 50 51)

Magdeburg, Mai 1998

Druck: JVA Naumburg-Arbeitsverwaltung

---